Der Nachdruck ist nicht rechtswidrig.

Eine wissenschaftliche Erörterung

des

den versammelten Ständen des Königreichs Sachsen am
21. Nov. 1842 vorgelegten Gesetzentwurfs

den Schóg der Rechte an literarischen
Erzeugnissen u.s.w. betr.

von

Dr. Ludwig Höpner,
egentlichen Beisger der Juristenkonferenz zu Leipzig.

Grimma,
Druck und Verlag des Verlags-Comptoirs.
1843.
Der

Nachdruck ist nicht rechtswidrig.

Eine wissenschaftliche Erörterung,

begleitet

von einigen Bemerkungen zu dem beigelegten, den versammelten Ständen des Königreichs Sachsen am 21. Novbr. 1842 vorgelegten Gesetzentwurfe, den Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst betreffend,

von

Dr. Ludwig Höpfnert,

ordentlichem Beisitzer der Jurissenscnsatität zu Leipzig.

Grimma,

Druck und Verlag des Verlags-Comptoirs.

1843.
<table>
<thead>
<tr>
<th>Inhalt</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Literatur § 1.</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Einleitung § 2.</td>
<td>10</td>
</tr>
<tr>
<td>Aufgabe der Erörterung § 3.</td>
<td>14</td>
</tr>
<tr>
<td>Begriff des Nachbruchs und des literarischen und artistischen Werkes § 4. ff.</td>
<td>15</td>
</tr>
<tr>
<td>Feststellung des Gesichtspunktes § 14.</td>
<td>34</td>
</tr>
<tr>
<td>Prüfung der Vertragstheorie § 15.</td>
<td>36</td>
</tr>
<tr>
<td>Prüfung der Manucriptes- und der Gedankeneigentumstheorie § 16.</td>
<td>39</td>
</tr>
<tr>
<td>Prüfung der Formeigentumstheorie § 17. ff.</td>
<td>41</td>
</tr>
<tr>
<td>Inkonsequenzen aller Eigentumstheorien § 21.</td>
<td>57</td>
</tr>
<tr>
<td>Prüfung der Theorie, aus dem Prinzip der Persönlichkeit die Vermögensrechte der Autoren an ihren veröffentlichten Werken abzuleiten § 22.</td>
<td>61</td>
</tr>
<tr>
<td>Schlussfolgerung § 23.</td>
<td>62</td>
</tr>
<tr>
<td>Bemerkungen zu dem auf dem Titel gedruckten Nachbruchsgegente- wurf § 24. ff.</td>
<td>64</td>
</tr>
<tr>
<td>Dieser Entwurf selbst</td>
<td>74</td>
</tr>
</tbody>
</table>
§ 1.

Seit beinahe zwei Jahrhunderten ist in fast ununterbrochener Folge unendlich viel über die Rechte der Erzeuger von literarischen und artifisichen Werken geschrieben, und es ist vielfach zu Gunsten der Autoren und gegen dieselben gesprochen worden. Da die einschlagenden Fragen neuerdings durch das Zeitinteresse wieder angeregt worden sind, und Mancher offiziell veranlaßt sein dürfte, auf eine sinnliche Sammlung der Streitschriften bedacht zu sein, um dem Streite tiefer nachzuforschen, so kann eine chronologische Übersicht der Literatur nicht unwillkommen sein, und zwar um so weniger, als sie zugleich den Leser ein anschauliches Bild von der Lebhaftigkeit des geführten Streites darbietet. Wir theilen daher diese Literatur in Folgendem mit, wie sie uns selbst vorgelegen hat, theils aus den Citaaten anderer Schriffteller bekannt geworden ist.

Radulphus Fornerius, rerum quotid. lib. IV. a. 27.
Rob. de jurisbus et privil. bibliopol. reram.
J. H. Bergser, electa discept. for. ad lit. 39. obs. 5. not. 2. Lipsiae 1706.

Senschaftes Antwort (samt vollstehendem Weisheit breyer Juristenmeinigkeiten 1), worinnen dargethan wird, daß denen Auctoribus derselben in Druck gegebenen

1) Wöhnlich O. Steffen, Geheimdt, Erfurt.
Bücher und deren Cessionaritäts, welche von hoher Ubrigkeit keine Priviliegen hierüber ausweichen, sein Monopolium solches Bücherverkaufes zutheile, noch vor wesentlich Gerichten ein Recht zusamme, andern den Nachbruch solcher Bücher zu verhüten. 


(z. Z. August) Regierung, Requisiten über Bäckerverlag und Bäckerei. Düsseldorf, Mai 1783. 8.


Erforderlich oder erhöht der Nachbruch die Bäckerpreise? Leipz. Merkur, Juni 1784. 8.

Antik zu einem Schreiben über Bäckerei nachbruch. Literatur und Wissens funde, herausgegeben von Wenck, Dl. 1784. 8.


Preisung des von Eiches geschriebenen Beweises über die Ungeläufigkeit re. Daf., Bd. 3 u. 4. 8.


Gatho 1792.)

Hummel, runps. obs. 750. ed. 4. 8.

Byluth. 1785. 8.


Göttingen. 1786. 8.

Zweitäts Betrachtungen über die Rechte des Schriftsetzers und seines Verlegers. 1778 u. 1789. 8.

(Eine Ueberlegung zu den oben genannten Werken von Eigners mit Anmerkungen.)

Bf. 1. u. Leipzig 1789. 8.


(Sgr.)

A. C. Kuerer, die Arbeit des Bäckerei nachbruch. 1790. 8.


J. S. Dyk, über die Arbeit des Bäckerei nachbruch. 1790. 8.


J. S. Dyk, über die Arbeit des Bäckerei nachbruch. 1790. 8.
O. A. Lepser, "Rachbeschreibungen und Repetition an das hiesige Prüfungsamt. In Solmmsche's Lexikographia Finz. 3., 1792. 8.


Fichte, Bemerkungen zur Unrechtswissenschaft. In Machgranbücher v. 1793. 8.


(Schöner) Bearbeitung der Frage: ob die Machgranbücher, die zur Verleger eines noch ererbten Schriftstellers bei seinen Verleger von einem zweiten durch den Druck öffentlich gemacht werden, als recht und billig angesehen sind, oder nicht? Im Reichsrecht v. 1794. 8. 1. 76.


über das Eigentum der Schriftsteller an ihren Werken, nachdem sie dieselben dem Verleger überlassen. In der Berliner Zeitung v. 1795. 8.

Bessen, über eine Rechtslehre für Buchhändler. Der neue Rechtsbegriff v. 1795. 8.


B. A. C. Christoph, Hoffmann, Untersuchungen über die wichtigsten Eigentümer des Hebräischen. Hanover v. 1795. 3. 330 s.

Jacobs, Philosophie der Rechtslehre. Düsseldorf v. 1795. 8. 166 s.


W. J. C. Schnellbauer, Untersuchungen über die wichtigsten Eigentümer des Hebräischen. Holstein, 2. 328 s.


W. J. C. Schnellbauer, Untersuchungen über die wichtigsten Eigentümer des Hebräischen. Holstein, 2. 328 s.


W. J. C. Schnellbauer, Untersuchungen über die wichtigsten Eigentümer des Hebräischen. Holstein, 2. 328 s.


W. J. C. Schnellbauer, Untersuchungen über die wichtigsten Eigentümer des Hebräischen. Holstein, 2. 328 s.
A. A. J. Vulpian et M. Gauthier, code des théâtres, etc. Paris 1829. 18.

Mittemaier, Grundzüge des gemeinenutschen Privatrechts, § 204. 4. Aufl. 1830.

Guayot, répertoire universel et raisonné de jurisprudence. 1777. 1784. par Merlin 1812. 1827. 1830.

Ph. A. comte Merlin, recueil alphabétique des questions de droit, qui se présentent le plus fréquemment devant les tribunaux, ed. 4. 1827—30.


v. propriété industrielle et propriété littéraire.


J. M. Parcellus, cours de droit commercial, ed. 4. Paris 1831. 8.

Parant, loi de la presse en 1834 etc. Paris 1834. 8.

Feri und von Langen, Études et réformes de la propriété littéraire, ed. 2. 1836. 8.


Arm. Dalloz Jeune, dictionnaire général et raisonné etc. Paris 1836. 4.

Mehrere Abhandlungen des Archivs Legal observer, year 1837.

A. G. Rambaud, traité théorique et pratique des contrefaçons en tous genres etc. Paris 1837. 8.


Brüer et Dugé, Enterra zu einem Regulativ für die literarischen Rechtsverhältnisse, in Mr. Müller's Archiv für die neueste Gesetzgebung, Bd. VII. 2. 1837.

Höchst, das Königliche preussische Gesetz vom 11. Juni 1837 etc. (Dit Gesetz ist abgedruckt in dem bibliothekarischen Jahrbuch von 1838. p. 1 ff.)

C. Blanc, traité de la corréfais et de la poursuite en justice, etc. Paris 1838.

Le même, examen du projet de loi sur la propriété des œuvres d'art en ce qui concerne le droit de la reproduction. Paris (l'an?)


Kämpfe habe die Schlacht mit der Vernichtung seiner Gegen
auflösung. Wenn aber noch Herr Dr. Schellwig in der
leisten Schrift diese Gegen mit folgenden strengen Werten verur-
theilt: „So lange die Gegen der Eigentumstheorie die Rechts-
grundlage nicht aufweisen, nach welchen das unbeinflusse und aus-
ständige Recht des ersten Erwerbers auf das Publikum über-
geht, ein Gemeingut constituiert wird, ohne vorgängige
ausdrückliche Verzicht des Autors, so lange müssen wir anneh-
men, dass ihre Anfänge entschieden unjuristisch und unhaltbar ist,”
— so sollte man meinen, es liege hier Grund genug vor, von der
nochmaligen Aufnahme des Kampfes abgeschreckt zu werden. In-
dessen lassen sich einige Autoritäten gegen die eben citierte Entschei-
dung des Herrn Dr. Schellwig ausdrücken. So sagt Hafst
in der angeführten Schrift p. 20:

„Wenn hier Manche von einem deutschen Eigentum, wel-
ches ein persönliches Recht sein soll, sprechen, so ist dies gerade so
klang, als wenn Rechtswissen den Nachbruch zu einer Verleihung
des Eigentums aber, wie Kant, den Nachbrucher für einen ne-
gotiorum gestor ausgeben, Juristen aber ihnen gelassen nachtre-
ßen. Denn, so gut gemeint dieses auch sein mag, so würde doch,
en es allgemeine Nachahmung fände, die Sprachverwirrung in
der Rechtswissenschaft bald eben so herrschend werden, als sie
in der Philosophie bereits sein soll.”

So sagt Griesinger a. a. D. p. 28:

„Was kann denn nach klarer sein, als dass das sogenannte liter-
arische Eigentum weder ein wahres noch ein natürliches Eig-
thenum — sondern nur ein Privilegium sei.”

So hat der, von Griesinger p. 26. citierte Lord Thurlow schon im J. 1774 gesagt:

„Das literarische Eigentum ist eine so abstruse Sache, dass
sie gar nicht definit werden kann.”

So sagt seiner Neußerel a. a. D. p. 5:

"Den Juristen, die sich nicht mit dem positiven Rechte beschäftigen, kommt es so leicht vor, diesen Begriff (nämlich den des Eigenthums) zu Gunsten der Schriftstellerei und deren Interesse von seiner Basi wegzuheben; aber sie bedenken nicht, daß die einzelnen Rechtslehren in notwendiger Wechselwirkung zu einander stehen, und daß die Grundlage aller Vermögensrechte: das Eigenthum verrücken, das ganze Recht verrücken heißt."

Und p. 14 sagt er:

"Aus diesem Recht- und Angestehenthume erwachsen eine Reihe von Consequenzen, die jedem Gutgebinsten bange machen können."

So sagt dann Cramer a. a. D. p. 48:

"Die Natur des Eigenthums kann nie einen Beweis grund für das Dasein eines Rechts der Schriftsteller, sondern immer nur ein Bild abgeben, ein solches Recht darzustellen."

So spricht sich Mittermaier in dem deut. Privatr. § 204. über den Begriff eines Schriftœigenthums aus, und sagt in dem, von Morstadt a. a. D. abgebrochenen Responsorium (p. 73. f.):

"Dafs man den Ausdruck: Schriftœigenthum wünschte, geschah wohl nur, weil man ein juristisches Sach haben wollte, um das Recht der Schriftsteller in den System des Rechts auszufüllen und zu ordnen; juristisch ist es aber gewiß nicht, wenn man den Begriff von Eigenthum, der bei körperlichen Gegenständen paßt, auf dieses geistige Recht übertragen will."

So sagt Brauer a. a. D. p. 469:

"Das Schriftœigenthum — kann nur durch eine Rechtsbischung zu Stande kommen."

So sagt Schweppe, das römische Privatrecht, 4. Ausg. Göttingen 1828. § 225:

"Man hat kein Eigenthum an den in einer Schrift niedergelegten Gedanken, und die Befreiung derselben durch Nachdruck kann keine Eigenthumverleihung heissen."

So sagt Menouard, der Franzose, a. a. D. I. p. 455. f.:

"L'expression de propriété littéraire doit être rejetée de la langue juridique."

"Je ne crains pas de dire, que les préjugés, qui obscurcissent la matière, qui nous occupe, trouvent leur principale force dans le droit de bourgeoisie, que les écrivains, partie intéressée dans cette querelle, ont fait prendre à l'expression de propriété littéraire, à la faveur de laquelle ils ont habité les esprits à leurs prétentions."

"L'expression: propriété littéraire confond toutes idées."


"Es ist aber, auf so verschiedenen Wegen es auch versucht wurde, bis jetzt keinen gelungen, und wird wohl auch nimmermehr gelingen, die Theorie eines Eigenthums aus — einmal zu Markte gebrachte Gedanken zu begründen, sondern es wird im Gegenteil diese Theorie mehr und mehr als eine unerweisliche anerkannt."

So sagt endlich der anonyme Verfasser des Aufsages in der Allgemeinen Pressezeit. v. J. 1842. No. 43. 44.: Die schriftstellerischen Rechte aus dem Prinzip der Persönlichkeit:

"Von einem Eigenthume des Autors an den Producten seiner geistigen Schätzigkeit läst sich höchstens nur in dem juristischen Sinne sprechen, in welchem wir, wenn unser Selbstbewußtsein sich als freies erfaßt, uns selbst unser Eigennenn."

"Sprechen wir von einem Eigenthume an Geisteswerken, welches der Autor nicht sich, sondern dem gesammten Publicum gegenüber behauptet, so heißt das in der That, die Begriffe Eigenthum und Persönlichkeit mit einander vermengen."

"Hätten wir jedoch auch diesen Schuh nicht vor und für uns, so würden wir, nicht gewohnt, unsere Ueberzeugung der imperativen Erklärung eines Anhers zu unterstellen, der Geahr des nocheinmaligen Kampfes dennoch uns ausweisen, da dieser neuerdings..."

§ 3.

Unsere Meinung ist kurz in diesen Worten ausgesprochen:

Der Nachdruck läßt sich mit den Sagen des philosophischen Rechts nicht bekämpfen; dem Autor und Verleger kann gegen die ohne ihre Einwilligung unternommene mechanische Vervielfältigung des einmal von diesen der Defentlichkeit übergebenen Werks nur durch positive rechtliche Bestimmung Schutz gewährt werden.

Wir können unbeschadet der Bertheildigung dieser Meinung zugeben, daß der Nachdruck unmoralisch sei 15) und daß er aus Gründen der Politik verboten werden müßte 16); wir werden uns aber mit der Darlegung dieser Gründe nicht befassen, weil die Politik eines jeden Staates eine andere sein kann, und werden uns auf den Nachweis der Immoralität des Nachdrucks nicht einlassen, weil unsere Frage eben nur mit der Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit des Nachdrucks sich befassen, und wir uns mit der


15) G. Griesinger, p. 29 ff. unter B.; Schmidt, p. 54 ff.


Anficht 17) nicht einverstanden erklären mögen, daß Alles was unmoralisch ist, auch rechtswidrig sein müsse.

§ 4.


18) Das Wort: Geban, Vir, also in der weisesten und unbestimmten Bedeutung genommen.

Warum nun ist die Linie, die hingeworfene Note oder Notengruppe, das ausgesprochene einzelne Wort, der ausgesprochene einzelne Gedanke, warum ist die öffentlich mitgeteilte historische Notiz, die veröffentlichte Anekdote, kein künstlerisches und kein wissenschaftliches Werk? und warum sollen sie nicht unter


Niemann bewirkt die Verleihung ganz einfach darauf, daß die Fähigkeit, die Linie zu zeichnen, die Note zu zeichnen, das Wort, den Gedanken zu finden und auszuführen, keineswegs eine höchst persönliche, nur einzelnen geistig besonders bevorzugten oder besonders künstlerischen Personen eigene, sondern mehr oder weniger, so zwar, daß nicht von allen die Linie, die Note mit gleicher künstlerischer Vollendung geliefert, das Wort nicht mit gleichem Accent, der Gedanke nicht mit gleicher Eleganz ausgesprochen wird, ein Gemeingut aller ist, so wie das es auch von dem Blatte oder von der besonders Gedeihung der Verfassung abhängt, ob eine historische Notiz, eine Anecdote vor ihrer Veröffentlichung einem nur oder Mehmehr bekannt wird, ob die öffentliche Mitteilung der Werke schon von besten persönlichen Fähigkeiten bebildt ist, und jede Verbreitung dieser Mitteilung nicht minder geistige Fähigkeit erfordert, als die erste Mitteilung selbst.

Die Wesenheit eines wissenschaftlichen oder künstlerischen Werks besteht in der Zusammenstellung mehrerer, wenn auch noch so gewöhnlichen Gedanken zu dem Zwecke, ihre gegen seitige Einwirkung auf einander und ihre Gesamtverwirkung auf die Fortbildung der Wissenschaft, der Kunst, auf den Unterricht, die Bildung oder auch bloß auf die Vergrößerungen des Publizums zu zeigen, so wie in der Fixierung dieser verbündeten Gedanken. Durch jene Combination werden die Gedanken zu einem mehr oder weniger umfänglichen organischen Ganzen gebildet, welches als Skizze oder als Vollendung eines Bildes, eines musikalischen Stücks, eines Gedichtes, einer Abhandlung, einer Novelle, eines Buches oder auch nur einer malerischen, einer musikalischen Figur, eines einzelnen Werkes, einer Paraphrase erscheint; durch die Fixierung aber wird die Möglichkeit geschaffen, daß dieses organische Ganze früher oder später dem Publizum zugänglich werde. Ohne diese Fixierung, also ohne die Aufzeichnung, die Nieder schrift, tritt auch die geistreichste Arbeit nicht in die Kategorie des Werks; und nie kann ein lebendes Bild, wie wir es häufig und selbst mit einem gewissen Grade künstlerischer Vollendung in den Salons ausstellen sehen, nie kann eine freie musikalische Phantasie, nie kann eine Predigt, nie eine andere Rede, namentlich eine akademische oder andere Vorlesung, sie mag öffentlich oder vor einem äußerlichen Kreise von Zuhörern gehalten worden sein, ein Werk genannt werden, niemals aber sind solche, nicht fixierte Erzeugnisse: Werke genannt worden.

§ 5.

Die Behandlung der Gedanken in deren Combination, und die Ausbruchweise in der Fixierung der kombinierten Gedanken sind höchst persönliche Handlungen, welche nur demjenigen, der sie vorgenommen, eigen sind, und ihm den Namen des Autors erzeugen, wie sie selbst den Begriff der Autorschaft bilden.

Die Autorschaft ist eben so höchst persönlich, wie die natürliche Mutterchaft eines Kindes.21) Ihre rechtlichen Wirkungen, ja selbst der Name der Autorschaft, der letztgenannte auf solche Art, wie der Name der Mutterchaft bei der Adoption können auf einen Andern übertragen werden, niemals aber kann die Autorschaft selbst veräußert werden.22)

Blos noch in seiner Verbindung: die Combination und die Fixierung der Gedanken macht den Begriff der Autorschaft aus, und die Combination der Gedanken allein reicht so gewiß dazu

21) mit welcher sich auch in sofern große Ausdehnung hat, als sie oftens gleich ungewiß ist, wie die natürliche Mutterchaft eines Kindes.

22) Dr. Schelling in der Bierte Schrift a. a. O. p. 267. veräußert ganz ruhig die Autorschaft.

Darin, daß nur die Combination der Gedanken und deren Fikrung das Wesen der Autorhaft ausmacht, ist es begründet, daß derjenige, welcher ein lebendes Bild aussieht, auf einem musi- calischen Instrumente sei phantasirt, eine Rede hört, ein Gedicht improvisirt, deshalb allein noch künstlerisch ein Autor genannt wird.

Es ist aber auch zugleich darin begründet, daß derjenige, welcher das lebende Bild nach oder auch schon bei der Anschauung, oder eine vorgetragene freie musicale Phantasie oder eine gehalt- tene Rede, ein improvisirtes Gedicht nach oder auch schon bei der Anbundung, vielleicht auf die getreue und zugleich leichteste Weise durch Anwendung der Daguerrotypie, der jüngst erfundenen, hierzu geeigneten mechanischen Vorrichtung der Tafelinstrumente, oder der Stenographie fikriert, als der Autor des Bildes, der music- talischen Phantasie, der Rede, des Gedichts anzusprechen ist, so durch ihn zum Ruhm und Frommen des Publikums bleibend gewor- den ist.

Diese letzteren Begriffe sind so evident, daß wir, um sie darzulegen, gar nicht erst der Nachsorge auf Prinzipien bedurf- hätten, vielmehr um mit der Berufung auf das unbegangene Ur- teil des Publikums hätten beginnen können, denn überall im Volk wird nicht der, welcher die Rede gehalten hat, sondern der, welcher sie hat drucken lassen, sollte er auch nicht der Redner selbst sein, als der Verfasser des erschienenen Werks genannt. Lebt nun aber diese gesunde Ansicht in dem Volke, so müsse es um so wunderbarer erscheinen, wenn Männer von Profession mit der entgegengehaltenen Ansicht hervortreten, und noch besonders mit sol- cher Fertigkeit einem Vektor sie ausbringen, daß sie benenigen, wel- cher den, der eine gehorte Rede, ein gehörtes musicales Stück aufzeichnet und veröffentlicht, nicht für einen Nachdrucker hält, für vorausgeschickt, für wahrhaftig erklären, wie dies am Umsichtigsten und am Ehrwürden von dem Herrn Dr. Schelwisch unternommen worden ist. S. noch Kramer a. a. O. p. 49 ff.

§ 6.

Der Subsumtion der Fikrung einer gehörten Rede, eines gehörten musicalen Stückes, eines gesehnen Bildes unter den Begriff des Nachdrucks treten aber auf der bisher entwickelten noch andere Gründe entgegen, deren Darlegung zugleich die ferner Analyse des oben ausgeführten Begriffs von dem Nachdruck enthält. Der Begriff des Nachdrucks zeigt voraus, daß das nach- druckte Werk schon vorher durch dessen Erzeuger selbst dem Publikum vorgelegt, also veröffentlicht worden ist. Vor einer solchen Veröffentlichung ist der Nachdruck des Werks nicht kundbar. Wird das noch nicht veröffentlichte Werk, z. B. das Manuskript eines Buches, einer musicalen Composition, das Bild durch Liß oder Gewalt dem Autor entzogen, und ohne dessen Einwilli- gung dem Publikum vorgelegt, oder wird es von dem, welchem es zu seinem Privatgebrauche geliehen oder zur Aufbewahrung übergeben worden, ohne des Autors Zutragung veröffentlicht, so wird damit eine strafbare Handlung verübt, welche dem er-
den er die Gedanken nicht bloß kombinierte, sondern auch firte, die volle Autorchaft, und die Veröffentlichung des, von ihm allein gelieferten Werks ohne seine Zustimmung ist eine Beeinträchtigung seines Dispositionsmirrechts. In dem andern Falle bagegen, wo keine Dictate, keine Manuskripte gegeben werden, gehört die Autorchaft mehr den Schülern, den Zuhörern, welche die Vorlesung firten, als dem Lehrer, und dieser würde selbst eines Eingriffs in fremde Rechte sich schuldig machen, wollte es ihm einfallen, die Veröffentlichung der von seinen Zuhörern über seine Vorlesung gemachten Niederschriften, also des Werks seiner Zuhörer, zu verhindern. Hat freilich der Lehrer seinen Schülern, der Vorträge seines Zuhörers, besonders zur Pflicht gemacht und als Beleidigung der Schülerverschaft, der Zuhörerverschaft, ausgesetzt, daß keiner das Gehörte veröffentlich nötig, so wird er zwar nicht die bereits im Publikum ausgestreuten Exemplare der veröffentlichlichen Niederschrift über die Vorlesung zurückfordern könne, denn es liegt dies außer dem Bereiche, wenn auch nicht ganz der physischen Möglichkeit, doch sicher der Bereiche der juridischen Zulässigkeit, indem der Lehrer bloß mit seinen Schülern, nicht aber mit dem Dritten, wohl gar mit dem ganzen Publikum, kontrahealt; allein er wird befugt sein, die Weiterverbreitung des Werks d. h. den fernen Vertrieb von Exemplaren zu verhindern, auch gegen seinen Schüler, seinen Zuhörer, einen Anspruch auf Erfolg der, ihm durch den Verkauf des Vertrags verpflichteten Schüler und auf Bezahlung der, etwa bestimmten Conventionalräthe zu erhalten. Sobald nur die Veröffentlichung der Niederschrift von dem Schüler oder Zuhörer, nicht aber von einem Dritten, welcher den Inhalt der Vorlesung aus weiterer mündlichen Mittheilung hat kennen lernen, und dem Lehrer sich nicht verpflichtet hatte, unternommen worden ist. Es fehlt dies jedoch voraus, daß der erwähnte Vertrag ausdrücklich geschlossen, die Beleidigung ausdrücklich festgestellt worden sei. Eine stillschweigende Verpflichtung der Zuhörer, das Gehörte nicht weiter zu verbreiten, ist nicht anzunehmen, wohl sie mit der Freiheit des geöffneten Verkehrs im
Widerspruche feste, und von Niemandem vermuthet werden kann, daß er ohne speciellen Zwang einem solchen Widerspruche sich füge. Ein solcher ausdrücklicher Vertrag fagt aber wieder voraus, daß der Lehrer, der Vortragende, eine genau bestimmte Person vor sich habe, welche er verpflichten will, wenn die Eingezogen einer jeden Verbindlichkeit erfordert die durch die Natur oder durch eine juridische fiction forgsäglich abgeschlossene Persönlichkeit des zu Verpflichtenden.


Unsere Meinung über den leichten, von den Schriftstellern über den Nachdruck nur zu oft verhandelten Punkt geht also kurz dahin, daß der Zuhörer, welcher von seinem Lehrer ihn gemacht ten Dictate oder mitgeheilten Manucripte ohne dessen Zustimmung veröffentlicht, einer widerechtlichen Benutung sich schuldig mache, und derjenige, welcher eine angehörüte Rede, Vorlesung oder, was dem gleich gild, musikalische Composition, den eingegangenen Vertrage entgegen, veröffentlicht, contractwidrig handelt, daß derjenige, welcher unter allen Verhältnissen die angehörüte Rede, Vorlesung, musikalische Composition veröffentlicht, durchaus nur seines Rechtes sich bedient, und daß in keinem dieser Fälle der Begriff des Nachdrucks angewendet werden darf.

§ 8.

Mam nicht bloß die Veröffentlichung eines wissenschaftlichen oder künstlerischen Werks, welche mit Zustimmung des Verfassers geschehen ist, kann nicht Nachdruck sein; auch die, mit des Verfassers und des Verlegers Einwilligung erfolgte Verbreitigung des, bereits öffentlich erschienenen Werks ist kein Nachdruck. Es ist dies letztere nie bestritten worden in Anwendung auf den so gestalteten Fall, daß der Autor, welcher selbst sein Werk verlegt hat, oder der Autor im Vereine mit demjenigen, von welchem zu Folge eines zwischen ihm und dem Autor eingegangenen Vertrages das Werk verlegt worden ist, also im Vereine mit seinem Verleger, die fernere Verbreitigung des Werks dem Dritten gestattet.

Doch auch in dem Fall, wo der Autor ohne Zuziehung seines Verlegers oder dieser ohne Beistimmung des Autors, entgegen dem geschlossenen Verlagvertrag, einem Dritten die Verbreitung des Werks gestattet, erscheint dieser Dritte nicht immer als ein Nachdrucker. Denn wenn auch jedenfalls in solchem Gebaren eine Verletzung des Verlagvertrages erforderlich ist, welche dem beeinträchtigten Contraerat einen Schädenserschluß gegen den andern Contraerat bereitet, und wenn auch der beeinträchtigte Contraerat, nach Befinden die Wiederauslösung der zwischen dem andern Contraerat und der dritten Person getroffenen Umberein-

Der Verleger dagegen und dessen Verleger, welche aus der erwähnten Welte den Vertrag verleisten, nicht weniger der Dritte, welcher dabei dolus oder culpa beteiligt ist 25), machen sich nicht bloß einer Verleihung des Verlagsvertrages schuldig, sondern sie sind auch wirksame Nachdrucker. Daß es in der Tat, wenn der Verleger das bereits dem Andern abgetretene Verlagrecht noch einmal selbst ausübte, aber wenn der Verleger ein unschädlicheres Verlagrecht, als ihm eingeräumt worden ist, sich ammaßt, z. B. die Auflage contractiwirksam verstärkt. Der Begriff des Nachdrucks greift hier Maß, weil eben entweder die Einwilligung des Autors oder die des Verlegers fehlt 26).

25) Was satt ohne Annahme der Fall sein wird, wenn der Dritte das Vervielfältigungsgeschäft von dem, dazu durch den Vertrag mit dem Autor nicht befugt wordenem Verleger erwirbt.

26) Kind a. a. D. Obs. 69. meint, daß der Verleger, wenn er, den mit seinem Verleger geschlossenem Vertrage entgegen, die Vervielfältigung seines Werks selbst unternimmt er einem Dritten einräumt, nicht Nachdruck übe, sondern nur den ersten Verlagsvertrag werde.

§ 9.

Endlich gehört zu dem Begriffe des Nachdrucks die Vervielfältigung des Werks und zwar die mechanische. Schon das Wort: Vervielfältigung (multiplicatio) bringt es mit sich, daß dann von dem Begriffe des Nachdrucks abzugehen werden muß, wenn das wissenschaftliche oder künstlerische Werk nur einmal nachgesagt, das Buch oder das Musterstück also nur einmal gedruckt, das Bild nur einmal wiedergegeben wird. Schon aus diesem Grunde kann daher die Copie eines Bildes, die Abfotie von einem Dinge, wenn sie auch von dem Unfertiger versehen nicht zu seinem eigenen Vermögen oder Rufen zurückzulehren, vielmehr von ihm veräusert wurde, kein Nachdruck sein. Sie ist es aber auch beinahe nicht, weil die Nachbildung, soll sie unter den Begriff des Nachdrucks fallen, eine mechanische, d. h. mit den Kräften der Mechanik hervorgebracht sein muß. Man hat schon längst dieses Erforderniss anerkannt, ist sich jedoch dessen nicht bewußt geworden. Man hat nämlich jederzeit die Nachbildung eines bebildeten durch den Kupfer- oder Stahl'schober durch die Lithographie, und die Vervielfältigung dieser Nachbildung, ferner die Vervielfältigung eines Buches aus dem Wege der Schreibkunst, die Übersetzung, die mehrmalige Übersetzung eines Buches 27), nicht für Nachdruck gehalten; die Wiederholung desselben Kupfer- oder Stahl'schober und desselben lithographischen Bildes dagegen, gleichen die Vervielfältigung eines Buches durch den Druck oder die Lithographie, wenn schon das geschilderte oder lithographirte Bild, das Buch, in kleinerer oder größerer Form, als die des Vorbildes ist, wiedergegeben wird, für wirklichen Nachdruck erklärt; man ist sich jedoch über den Grund dieses, unseres Dastehalts ganz richtiger Unterschieds nicht klar geworden. Der Grund aber liegt einzig darin, daß in den letzeren Fällen, wo also ein wirklicher Nachdruck vorhanden ist, die Mechanik mit

größern oder geringern Kräften, jedoch immer wesentlich zu Herstellung der Nachbildungen wirkte; in den ersten Fällen dagegen, wo man keinen Nachdruck annimmt, die Mechanik entweder gar nicht oder nur in sehr untergeordneter Weise thätig ist, während die Künstlerfertigkeit oder die wissenschaftliche Fähigkeit des Nachahmenden herrscht; daß demnach in den letzten Fällen, weit eben die nachahmende Mechanik nur im dazugehorigen Buch, z. B. für den Stich, welcher das Vorbild gewesen, wieder ein Stich, für die Lithographie wieder eine Lithographie erscheint, in den ersten Fällen dagegen jedes neue Erzeugnis, z. B. der Kupfer- oder Statistisch nach dem Delibild, die Lithographie nach dem Stiche, die Uebersicht nach dem Original, auch ein neues, für sich besehendes Produkt der Kunst oder Wissenschaft, ganz kurz: selbst ein Werk ist. Niemand hatte, und zwar eben so wenig nach der Erfindung der Buchdruckerkunst, wie dies vorher geschehen ist, das Abschreiben der Bücher, welches nur vermittels einer gewissen Schreibkünstlichkeit bewirkt werden kann, es auch noch so oft vorgenommen worden, einen Nachdruck gegeben. Eben so wenig darf die jetzt so sehr gelöste Kunst des Abflachteens der Bilder, insbesondere die von Liechmann in Berlin oder, wie jetzt beabsichtigt, von Krelpel in Bonn erstündete Kunfft, Delibilder in Del abzuklatschen, welche immer etwas Anderes als das Vorbild, insbesondere feste eine andere Gestalt sich zeiget, Nachdruck genannt werden. Schmachvoll aber auch ist es, eine Bilderscopie, welche rein durch Künstlerfertigkeit des Copirens geschaffen wird, und gerade, wenn sie dem Original in den kleinsten Merkmalen gleich, von der heftigsten Anwehding dieser Künstlerfertigkeit Zeugnis gibt, für einen Nachdruck zu erklären. 28) Dagegen ist es unrichtig, die Gesamtausgabe der schon einzeln erschienenen Werke eines Schriftstellers für eine neue Ausgabe, also für ein selbstständiges Werk, und nicht vielmehr bloss für eine neue Auflage 29), also nicht für wirklichem Nachdruck zu erklären 30); denn in der Tat ist eine Gesamtausgabe nichts Anderes, als eine mechanische Vervielfältigung der einzelnen Werke.

Auch der Professor Schneider zu Bamberg erlaubte sich einen Nachdruck der Helfsel'schen Pantheon, wenn er zwei Exemplare verspricht, um sie in einer andern Ordnung wieder abdrucken zu lassen 31), denn er wendete hierbei bloss mechanische Künste an und lieferte dazugehoriges Buch, wissenschaftlich unverändert.

§ 10.

Bei der Auflistung der Nachdrucksfälle, die den Schriftstellern gar häufig Anloß zu Erzählung von Anstanden geboten hat, durch welche die Ausstellung von Principien hat erfordert oder auch der Mangel an Principien hat verboten werden sollen, haben die Gegner unserer Ansicht unter andern die Frage aufgeworfen: ob denn auch die Nachbildung von Staatspapieren, Banknoten und Papiergeld, und der Vertrieb der nachgebildeten Exemplare ein wirklich Nachdruck sei? 29) Wir müssen die Frage beantworten, denn nur das wissenschaftliche und kunstlerische Werk kann unter den Begriff des Nachdrucks gebracht werden, und die Nachbildung andern Gegenstandes, wie rein mechanische wie die kunstlerische, fällt entweder unter den Begriff der Fälschung im engern Sinne, entgegen Stuk vom Betrage, wie z. B. die Nachbildung der Staatspapiere, der Banknoten, des Papiergeldes, der Münzen, handt, aber sie ist, wo dieselben nach den Grundsätzen des Criminal- 

recht nicht der Fall ist, wo also weder eine Äußerung durch Veränderung einer Sache zum Nachteil der Güter eines Anderen in der That vorliegt, noch auch das positive Gesetz eine solche annimmt, entschieden einem jeden gestattet.

§ 11.


§ 12.

Bis nicht unter den Begriff des Nachdrucks fällt dasjenige, was man die Verleihung der Rechte der dramatischen Autoren zu nennen pflegt, d. h. die ohne die Einwilligung des Autors unternommene Aufführung eines dramatischen Werks, unter welcher Bezeichnung wir auch die Opern begriffen wissen wollen. Es müssen hier drei Fälle genau getrennt werden. Entweder ist das dramatische Werk durch den Druck veröffentlich oder es erschien bloß noch in dem Manuskript, und das Manuskript ist entweder durch Filz oder Gewalt dem Autor entzogen, oder es ist in dem Original aus in einem Urheberbrief von diesem dem Andern, gleichviel ob gegen ein Honorar oder unentgeltlich mitgeteilt worden, damit der Leser für seine Person, namentlich durch öffentliche Aufführung des Werks, davon Gebrauch mache. Ist das Werk im Drucke erschienen, so muss jeder, welcher ein Exemplar erwirbt, für berechtigt gehalten werden, das Werk öffentlich auszuführen, ohne dass er gerüchtet werden könnte, die Einwilligung des Autors hierzu eingekauft und wohll gar durch ein Honorar sich zu erkaufen, denn es liegt in der öffentlichen Aufführung keine Verleihung des Werks, ohne welche der Nachdruck nicht denkbar ist, vielmehr macht der Erwerber des Exemplars einen Gebrauch von diesem, wie er ihm nicht verbunden sein kann. Selbst unsere Gegner müssen dies zugestehen. Sie räumen wie ohne Ausnahme dem Erwerber eines Exemplars von einem öffentlich erschienenen Buche oder Musikstücke das Befugnis ein, nicht bloß das Buch selbst zu lesen, das Musikstück selbst zu spielen, sondern auch Buch, welcher hörze wollen, das Buch vorzulesen, das Musikstück vorgespriest; insbesondere haben sie selbst nicht selten an der Declamation eines ganzen längern Gedichtes, an der Recitation eines ganzen Klengedichtes, an dem Orchesterverton einer Ouvertüre oder Symphonie, an dem Vortrag einer Arie oder eines Concerts in dem Salon oder in der Concertsalle sich ergibt, ohne dass es ihnen begekommen, die Producenten der Beeinträchtigung von Autorenberechtigungen aber wohl gar des Nachdrucks bezüglich, ja es ist ihnen nicht einmal eingefallen, zu erforseren, ob die Produzenten das Gedicht, das Drama, die Ouvertüre, die Symphonie, die Arie, das Concert aus einem gedruckten Exemplar oder aus einem Manuskript vorgetragen haben. Nun ist zwar zwischen Produktionen dieser Art und der unter Anwendung szenischen Mittels geschehenen Darstellungen auf der Bühne in so fern ein Unterschied wahrzunehmen, als die Leit-
teren länger, als jene, und auf die Illusion der Zuhörer berechnet sind. Indes ist dieser Unterschied nicht geeignet, eine Verschiedenheit der Rechtsbeurteilung zu begründen, und wir erwarten noch die Vorlegung tüchtiger Rechtsgründe, um die ohne Einwilligung des Autors unternommene öffentliche Szenische Production eines dramatischen Werks, welches im Druck erschienen ist, für eine Schädenung von Autorrechten erklären oder unter den Begriff von Nachdruck zwingen zu können. 33)

Ist das dramatische Werk noch nicht gedruckt, und ist das Manuskript dem Autor durch List oder Gewalt entzogen worden, so wird ein Betrug oder ein Diebstahl vorliegen, und die öffentliche szenische Aufführung des Werks erscheint als eine wirtschaftliche Handlung, welche dem, der wissenschaftlich gearbeitet an dem Werke gearbeitet, eine Strafe bereiten, jenes will aber durch den Dazwischenritt des Autors behindert werden kann. Ist von dem Autor das Manuskript jemandem zu dessen Gebrauch gelassen, die Erlaubnis zur öffentlichen szenischen Production aber nicht erhoben worden, so wird der andere jeden persönlichen Gebrauch von dem Manuskript machen, er wird namentlich das Werk auswendig lernen, dasselbe in dem Salon und in dem Concertsteile vortragen, er wird dagegen eine öffentliche szenische Darstellung des Werks nicht unternehmen, und eben so wenig diese einem Dritten gesagt dürfen. Man hat hierüber, so fällt ihm die wirtschaftliche Benutzung einer fremden Sache zur Lauff. Deshalb Vergehen wird auch derjenige sich schuldig machen, welcher mit der Einhändigung des Manuskriptes zwar für seine Person, nicht aber für den Dritten, die Erlaubnis zur öffentlichen Production des Werks erhalten hat, nichts befo weniger aber diese dem Dritten einräumt. Vergl. oben § 7. Hier also wird das Rechts-


verhältniß ein anderes, je nachdem die öffentliche Production des nur im Manuskript vorhandenen dramatischen Werks mit Anwendung szenischer Mittel geschehen ist oder nicht, und zwar mit Recht, weil die Production jener Art besonders verboten war. 34)

§ 18.

Soll der Nachdruck rechtswidrig oder gar strafbar sein, so kann er es böse sein, weil er als Verleugung des Dispositionsrechts des Autors (und des Verlegers) erscheint — was wir jedoch nach unserer oben ausgesprochenen Ansicht nicht zugehen — und wir haben daher mit Vorbehalt die Bervielfältigung eines öffentlich erschienenen Werks für Nachdruck erklärt, sobald sie ohne Einwilligung des Autors und des Verlegers geschehen ist. Die pecuniären Nachtheile, welche möglicherweise durch eine solche Bervielfältigung dem Autor oder dem Verleger zugefügt werden, und die pecuniären Vorteile, welche möglicherweise durch eine solche Bervielfältigung dem, der sie unternimmt, erwachsen, tragen zur Begriffsbestimmung nichts bei, weil sie mehr oder weniger von dem Zufalle abhängen; sie können dagegen in den einzelnen Fällen, wo sie hervortretend, Einfluß auf die Größe der zu bestimmenden Strafen äußern, und werden jedenfalls bei Beurtheilung des Schädenanspruches in Betracht kommen. Wenn daher Schmitt a. o. P. 58 ff. zu dem Begriffe des Nachdrucks die Absicht erfordert, aus dem Verkauf der Nachdruckexemplare ein vorteilhaftes Gewerbe zu machen, wenn er also, um jemanden des Nachdrucks zu überführen, erst noch den Nachweis erfordert, daß der Nachdrucker das Werk in der Absicht, pecuniären Gewinn daraus zu ziehen, vervielfältigt habe, wenn er wörtlich erklärt: „Was aber den Nachdruck ohne gewinnmässige Absicht betrifft, so könnten wir einen so seltenen Fall füglich ganz von uns heruber lassen. Von solchen Beeinträchtigungen halt kein rechtswidriger

34) Die Bestimmungen der Bundesversammlung über diese Verhältnisse s. in dem Beschluf v. 22. April 1841.
Verleger so viel zu fürchten, daß es darum nötig wäre, etwas darüber zu sagen." ferner: "Wenn jemand eine Schrift drucken ließe, um solche unter die Armen zu verhelfen, so würde vielleicht der Verleger über eine Berücksichtigung seines Rechts klagen können — was wir vor der Hand dahin gestellt sein lassen 35 — aber mit einem gewöhnlichen Nachdrucker möchten wir doch einen solchen, dem nur Fertigum (.), nicht böse Abficht zur Last ziehen, nicht verwechseln", so können wir dies nur als unwissenschaftlich, ungenau und unvollständig bezeichnen. 36)

§ 14.


"Die Bundesversammlung wird sich ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfallung gleichförmiger Verfülgungen über die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck beschäftigen."


Nicht will Schellwitz, in der Vierteljahresschrift p. 268 ff., ein gemeinrechtliches Verbot in dem Bundesbeschlusses v. 6. Sept. 1832. (Gesetzgebung für das Königreich Sachsen v. J. 1832. p. 63 ff.) finden, welcher blos insofern lautet:

"daß bei Anwendung der geistlichen Vorschriften und Maßregeln wider den Nachdruck der Unterschied zwischen den eigenen Untertanen eines Bundesstaates und jenen der übrigen, im teutschen Bunde vereinigten Staaten, gegen seitig und im ganzen Umfange des Bundes, in der Art aufgehalten werden solle, daß die Schriftsteller, Herausgeber und Verleger eines Bundesstaates sich in jedem andern Bundesstaates des dort bestehenden Schutzes gegen den Nachdruck gleichmäßig zu erfreuen haben."

Indes mit gleich geringen Gründe. Denn es gilt von diesem Beschlusses, der sich unmittelbar an den Art. 15. des Bundesakte
Der Verlagvertrag bindet nur den Autor, den Verleger, und in dem Falle einer Belehnung des Vertrags den Dritten, welcher wissentlich an dieser Belehnung Theil genommen hat. Eine andere Person bindet der Vertrag so wenig, daß vielmehr der Autor und Verleger, welcher letztere sein Recht nur von fremdem ableitet, und ein anderes Recht, als Dieser hatte und ihm davon abtrat, nicht ausüben darf, jeden andern Dritten, als den vorhin bezeichneten Theilnehmern an der Belehnung des Verlagvertrags, insbesondere dem Publifum gegenüber, bloss als eine und dieselbe Person anzusehen ist, und daher diesem Dritten, insbesondere dem Publifum gegenüber der Verlagvertrag bloss zu Rechtigung des Sachlegitimationspunkts dienen kann.


nehmen, an den Erwerb eines Exemplars ging — kann bloß ben-
jenigen verpflichten, welcher die Bedingung, den Vorbehaltn, bei
dem Erwerb des Werks ausdrücklich oder stillschweigend 41) zuge-
stand, und dieser wird, handelt er seiner Verwaltung entgegen,
brecht er also nach, einer Rechtswidrigkeit sich schuldig machen.
Kein Dritter aber, welcher die Bedingung, den Vorbehalt, nicht
selbst zugesandt, und auch sein Exemplar nicht von einem sol-
chen, der dieses Zugesandniss geleistet hatte, in der Weise abge-
leitet hat, daß er beßen Verbindlichkeiten im Allgemeinen zu ver-
tragen gehalten wäre (successor universalis) oder jene Verbind-
lichkeit ausdrücklich auf sich hinübergenommen hätte 42), kann mit
jener ausdrücklichen Feststellung gebunden sein, es wäre denn daß
das ganze Publikum als ein solches Individuum anzusehen sei,
welchem irgend eine privatrechtliche Verbindlichkeit auferlegt, ins-
besondere die Einprägung des Gebrauchs eines wissenschaftlichen
oder künstlerischen Werks in gewisse Grenzen aufgebunden wer-
den könnte. Dies ist aber bloß durch die Awendung einer Natio
möglicher, und wir befinden uns damit, indem die Fiction ein
Erzeugnis nur des positiven Rechts sein kann 43), bereits auf dem
Bereiche des positiven Rechts, welches bei Beantwortung unserer
Frage, wie schon oben erinnert worden ist, nicht betreten werden
darf.

§ 16.

Noch aber nehmen unsre Gegner ein Eigenthum des Autors
an, und erklären dieses für beeinträchtigt, wann das öffentlich er-
scheidene Werk nachgebracht worden ist. Sie nennen es das lit-
erarische und artistische Eigenthum. Ihre Räsonnement ist folgen-
bes. Der Verfasser eines Werks, sagen sie, ist Eigenthümer auf

40) Vgl. Schöber a. a. D.

41) Wie ersuchen die Gegner, die stillschweigende Annahme der ausdrück-
litisch gesetzten Bedingung nicht mit der stillschweigenden Stellung der Besitz-
gung zu verwechseln.

42) S. hierüber oben.

43) S. oben Note 13.

Wenn ein Autor bestimmt hat, daß sein Werk in so und so viel Exemplaren dem Publifum vorgelegt werden soll, so hat er damit eine beschränkte Benutzungsweise vorgeschrieben und wenn jemand die Sache, mit dem Willen des Autors errichtenen Exemplare ohne die Zustimmung des Autors benutzt, an welcher dieser sein Veröffentlichungsrecht abgetreten hat, verwehrt, so liegt darin eine rechtswidrige, ja eines kraftsare Verletzung der Eigentumsrechte des Autors, und es bedarf, um von einer Schädigung der Rechte des Autors zu sprechen, keineswegs erst der Berufung auf einen Vertrag, auf einen vertragmäßigen Vorbehalt. Der Nachdruck, sagen sie, ist ein Diebstahl, der Nachdrucker ist in Wahrheit ein Dieb 44).

Die Vertheidiger dieser Theorie nehmen hieran das Eigenthum im engsten Sinne des Wortes, das genannte vollkommene Eigentum, in Anspruch. Bekanntlich wird von den Philosophen unter Eigentum jedes Recht verstanden, welches der Mann an den Sachen und auf die Sachen hat, es wird dann die ganze, auf irgend eine Weise dem Menschen wahrnehmbare Außenwelt

40) Die Bezeichnung wird bis in die neueste Zeit gebraucht. Vergleiche Mr. Dr. Scholz in der Acta p. 12.

41) unbefristet, die Befinnung des Rechtes, Leipzig 1825. §. 81 83.

43) Verlag St. A. S. p. 13, Not. * sagt: „Das Eigenthum an der Handschrift ist ein samenstes Institut.”

damit er das abgetretene Recht ausüben könne, das Manuskript, die Platte übergabe, welche er als Mittel zum Zwecke benutzt und nach davon gemachten Gebrauche an den Autor zurücklässt. Dieses von uns eben beschriebene, ganz einfache — wir möchten sagen: ganz natürliche — Eigentum des Autors an dem Manuskript und der Platte ist jedoch ein ganz anderes, als das von untern Gegnern angenommene literarische und artistische Eigentum an denselben Gegenständen. Die Berteidiger dieser Manuskripteigenthums- theorie sagen namentlich: Weit berenigter, welcher das Manuskript oder die Platte dem Autor ohne dessen Willen durch List oder Gewalt entzieht, unbezwinger eines Eigentumswesens, und zwar einer stetsbaren, d. h. eines Betrugs oder eines Diebstahls, sich schuldig macht, und welch das Manuskript und die Platte, in die äußern Sinne fallen konnten, von dem Inhalte des Werkes bildet, so ist nichts natürlicher, als daß berenigter, welcher ohne des Autors (und des Verlegers) Zustimmung das veröffentlichte Werck vervielfältigt, und dadurch dem Autor eine Unannehmlichkeit, vielleicht sogar einen pecunia- ren Nachteil zugeht, ebenfalls einem Betrug oder einem Dieb- stahl an dem Manuskript oder an der Platte begeht, wenn gleich er weder Jene, noch Diese zu seinem Unternehmen benutzt, noch auch dieselfen zu Gesichte bekommen hat. Dabe sind aber die Gegner den Beweis schuldig geblieben, daß ihre Schlusfolgerung so natürlich sei, wie sie behaupten, und daß desjenige, was Jemandem unangenehm oder unlieb ist, oder ihm an seinem Ver- mögen schadet, eben deshalb auch rechtswidrig und wohl gar stetsbaren sein muß.

Weil es nun an diesem Beweise fehle, und weil die gesunde Vernunft in der Manuskripteigenthums-theorie das Rebelsbild des, in der Lehre von der Adjunction ausgesprochen römischen Rechts- popandez wiederkennete, wonach bei der Scriptor das Material als die Hauptsache angesehen werden soll, so wurde diese Theorie, als deren eifrigster Berteidiger Pütter in seinen eitren Schriften auftrat, von dem Kampfplatz verbrannt, sobald Kant in seinen eitren Schriften eine, der bisherigen ganz entgegengesetzte


Wenn überhaupt §. 17. jetzt noch eine Eigenthums-theorie verteidigt wird, so ist es, nach entschiedener Abweisung der beiden früheren, die Fichtsche, als deren Anhänger insbesondere H e g e l, S c h m i d t, F r a n k e r und S c h e l l w o l h in ihren eitren Schriften zu nennen sind; wie werden daher länger bei ihr zu verweilen haben.

F i c h t e a. a. D. unterschied das Körpersiche und das Gei- stige eines Buches. Jene, sagte er, ist die species im Sinne des römischen Rechts und geht vollständig in das Eigentum des Käu-
fers über. In dem Geistigen ist wieder das Materialische d. h. der Inhalt des Buches, die Gedanken, und die Form des Buches zu unterscheiden. Bei dem Materialien bekommt der Käufer ein unbegrenztes Recht des Benutzens; aber „was schläft der Angst, Keim man sich zuzeigen kann, weil dies physisch unmöglich bleibt, das ist die Form der Gedanken, die Inbegriffen, in welcher, und die Zeichen, mit welchen sie vorgetragen werden. Hegel a. a. O. p. 71 untersuchte, ob das Eigenthum an der Form eines Buches von dem Eigenthume an dem Körper des Buches sich trennen lasse, erkannte die Sonderung für möglich, ohne das volle freie Eigenthum des Käufers an dem Körper des Buches aufzuheben, und lehrte mit Fichte, dass mit dieser Sonderung es in die Macht des geistigen Producenten komme, sich das Verfassungsaltigen des Buches als eine Besitzung, ein Vermögen, vorgeschalten, und dass die über das geistigen Producenten Einwilligung unternommene Verfassungsgichtig des, der Öffentlichkeit übergegenen Buches, also der Nachdruck, eine Verleihung jenes Vermögensrechts, eine Eigenthumsverleihung sei.

Fichte und Hegel erklären also, dass weder das Manuskript, noch die, in dem Werke niedergelegte Summe der einzelnen Gedanken, sondern allein die Form des Werks der Gegenstand der Eigenthumsrechte sein könne, und unter der Form verstehe sie unverkennbar die organische Aneinandereiheigung d. h. die Combination der Gedanken und die Fixierung der Werken in eigenthümlicher Ausdruckweise, mithin alles Daseiniges, wodurch nach dem § 5. Gesagten der Begriff der Autorschaft gebildet wird. Denn wenn auch Fichte's Worte: dass die Zeichen, mit welchen die Gedanken vorgetragen werden, zur Form gehören, so allgemein und unbestimmt hingestellt sind, dass man verursacht wird, diese Worte, wie von den Schriftzeichen eines gedruckten Buches, so auch von den mündlichen Vortrage einer Rede, einer Vorlesung, eines Gedichts, und von dem künstlerischen Vortrage eines Gesanges, einer musikalischen Phantasie zu verstehcn, so darf doch nicht übersehen werden, dass Fichte und Hegel, wo sie von dem Nachdrucke handeln, dies bis in besonderer Beziehung auf gebrachte Bücher thun, mithin unter den Zeichen, mit welchen die Gedanken vorgetragen werden, nur die Schriftzeichen eines gebrachten Buches, mithin in allgemeiner Anwendung auf literarische und artistische Werke jeder Art, nur die Fixierung der combinierten Gedanken in der, dem Autor eignen Ausdruckweise versehen. Schelling hat dies in der That übersehen, oder er hat es, wie wir zu glauben mehr geneigt sind, in der Hoffnung zu den Erfinde einer neuen Theorie erachtet zu werden, ablafflich bei Seit gezeigt, indem er p. 263 f. in der Wirtschafftschrift seine Vorgänger retet, dass sie die Fixierung der Gedanken zur Form des Werks erscheinen, und behauptet, dass eine bledende Darstellung gar nicht nöthig sei, um an dem Dargestellten eine Eigenthum zu erlangen, dass vielmehr schon der Gedanke, welcher so dargestellt werde, dass er gehört und gesehen werden könne, eine Realität hiebe, einen Gebrauch gestatte, daher eine Bedeutung des Vermögens sei und ein Gegenstand werde, auf welchen der Heranzwingende ausschließlich einzuwirken befugt sei. Er ruhmt sich p. 263. f. in der Wirtschafftschrift der Abweichung von den bisher gangbar gewesenen Theorien, obwohl er in der That nur die unwissenschaftlich oder willkürlich mißverstandene und versäumte Fichtesche Theorie wiedergeteut, und er gelangt mit dieser RumbereBigung zu der, bereits oben § 4. 5. bemerkt gemachten Sonderbarkeit, dass er wider allen Sprachgebrauch benenigen, welcher eine Rede, eine Predigt, eine Vorlesung hätt, oder ein Gedicht, improvisirt, oder eine freie musikalische Phantasie vorträge, oder ein lebendes Bild auffiste, für einen Autor, benenigen aber, welcher die Rede, die Predigt, die Vorlesung, das Gedicht, die musikalische Phantasie nachschreibt, oder das lebende Bild abzeichnet, für einen Nachbrucker erklärt. Kramer, welcher a. a. O. p. 49. 52. 89 bald die Rede, bald die Schrift als den Gegenstand der Form bezeichnet und damit zu erkennen giebt, dass er über Fichet's Theorie nicht vollkommen klar geworden sei, übertägt p. 52 f. ganz bezeichnen dem Leser das Urteil darüber, ob er von Fich-

Doch erklärt Schelwig p. 259. der Vierteljahrschrift, im Wiener Folge mit seiner eigenen Argumentation, dass es gelte, das literarisch-artistische Eigentum als ein Urechthe nachzuweisen, und es fragt sich nunmehr, ob die Formenheftumstheorie einen solchen Nachweis liefere.

§ 18.

Diese Theorie ist nichts anderes, als die philosophische Lehre von der Erwerbung des Eigentums durch Formung des Stoffs in besonderer Anwendung auf die Erzeugnisse der Wissenschaft und der Kunst. Diese Lehre besteht aus folgenden Sagen. Der Mensch hat das Urechthe, alle Sachen zu gebrauchen, er hat dieses Recht vermöge seiner allgemeinen Beseitigung zu allen Handlungen, welche nicht in das Rechtgebiet eines Andern eingreifen, d. h. vermöge seiner Freiheit zu handeln. Er kann nun die Sachen augenblicklich gebrauchen oder auch verbauen z. B. verfehren, oder er kann sie zum Zwecke eines künstlichen Gebrauchs oder Verbrauchs in seine Hände bringen und in Händen behalten. Die Handlung, wovon dies geschieht, heisst Verfehlung, und man versteht darunter den Act, wovon der Mensch eine Sache in seine physische Gewalt bringt, mit der Absicht, alle Andern das-

Wie hübigen dieser Lehre nicht, weil wie in ihr keine Untersuchung über die Zeichen finden, an welchen der Menschen Absicht, eine Sache bloß besitzen oder sie als Eigenthum erwerben zu wollen, erkennbar wäre, weil wir die Notwendigkeit des inneren Zusammenhanges ihrer einzelnen Sache nicht begreifen, und weil wir uns von der Richtigkeit der Ausdehnung des Begriffes: Formgebung auf die letzterwähnten Erschwerungen, bei welchen eine Ermahnung der beiden Acten, nämlich der Bessergestaltung und der Formgebung, gar nicht erkennbar ist, nicht überzeugen können. Dagegen sind wir der Lehre zugehoren, nach welcher alle Rechte durch die Willensbestimmung des Menschen erworben werden, und wir geben jetzt deren Sache gebrängt nach einander, bloß übrigens zu dem Zwecke, diese Lehre mit der Formgebung helfen zu können. — Der Menschens Persönlichkeit beruht in dem möglichen Gebrauche seiner innern und äußern Freiheit. Die innere Freiheit des Menschen ist die Kraft, einen vernünftigen Willen zu fassen; die äußere Freiheit ist das Vermögen des Menschen, den gefassten Willen, ohne Unterschied übrigens, ob es ein vernünftiger Wille ist oder nicht, in der Natur auszuführen. Die Harmonie des Gebrauchs der innern und äußern Freiheit berechtigt den Menschen, Schutz dieses Gebrauchs von dem Staate zu verlangen; der Mensch ist also befugt; das Interesse seines zur Würdezeit hervortretenden vernünftigen Willens zu fordern. Im staatlichen Beisammenleben hängt die Bemünstigmäßigkeit des Willens des Einzelnen zunächst davon ab, daß der Einzelne die entweder vor seinem eigenen Willen oder doch gleichzeitig mit diesen geäußerten Vernunftwillen seiner Nebenmenschern achtet, also in die Sphäre von deren Persönlichkeit nicht übergreift. Beobachtet er dies, so bildet er die Sphäre seiner eigenen Persönlichkeit im Staate. In der Willensbestimmung liegt daher die Entstehung der Rechte.

Die Willensbestimmung des Menschen kann eine sehr verschiedene Richtung nehmen, sie greift bald näher, bald weiter, ihr Zweck kann sehr mannigfaltig sein, und eben so sind die Gegenstände außerhalb der Persönlichkeit des Menschen, auf welche die Mitle gewendet wird, mehrfach und verschieden. Durch diese Ver-schiedenheit wird die Entstehung der verschiedenen Rechte bedingt. Die Zweckverschiedenheit des Vernunftwillens und der Anwendung desselben zeigt sich zunächst darin, daß der Mensch die ganze Subjekt, die Totalität, der Sachen zu erfassen und die Einwirkung Anderer auf dieselben für alle Zeiten ausschließen, oder daß er die Gegenstände seines Willens bloß in einzelnen Rhemen desselben zu ergreifen beabsichtigt. Der Vernunftwille des Menschen in seiner Anwendung d. h. der Rechtswille wird daher in den allge-
meiner und in den besonders eingehalten, und wie der Rechtswille von dem Staate anerkannt und geschützt werden muß, so gibt es auch einen anerkannten allgemeinen und einen anerkannten besonderen Willen. Der allgemeine Wille kann, da er eben die ganze Substanz der Sache erfaßt, bloß ein einziger sein; daher gibt es auch bloß ein einziges Recht, welches die Totalität der Sache ergreift, und dieses Recht wird das Eigentum genannt. Der allgemeine Wille erzeugt also das Eigentum. Der besondere Wille kann einen so vielsach verschiedenen Zweck verfolgen, als von dem Gegenstande, auf welchem er angewendet wird, viele und verschieden nützliche Ziele nach Raum und Zeit, übrigens ohne gänzliche Neuertragung der Substanz der Sache, nach den Gefüge des Denkens losgelöst werden können.


Die Neuführung des Rechtswillens kann ausdrücklich oder stillschweigend geschehen, und jede entschieden erkennbare Neuführung des Rechtswillens, wohin z. B. die Formgebung gehört, welche wir also wie eine Art der Willensbestimmung betrachten, muß zu dem beabsichtigten Rechtserwerbe genügen.

Es ist dieser Willensbestimmungslehre der Vorwurf gemacht worden, daß sich der Rechtswille mehrerer Personen entweder zu gleicher Zeit oder hintereinander, auf eine und dieselbe Sache wenden könne, daß in diesen Fällen eine Collision der mehreren Rechtswillen sich zeige, und daß die Lehre keine Norm darbiebe, diese Collision zu heben. Indes erscheint dieser Vorwurf unbegründet, weil in dem Falle, wo mehrere hintereinander ihren Rechtswillen auf dieselbe Sache anwenden, gar keine wahre Collision vorhanden ist, vielmehr der zweist angewendete Wille den später herannahenden Wille desgleichen Gehalts aushält nach der bekannten Rechtsregel: res nullius cedit primo occupanti, und dann weil in dem Falle, wo mehrere gleichzeitig denselben Willen haben, den allgemeinen, auf dieselbe Sache anwenden, die allerdings vorhandene Collision mit der absolut gebotenen Berpflichtung der mehrern Wollenden, gegenfeitig ihre Willensbestimmungen anzuwenden, gehoben wird, welche Berpflichtung eine Zureckweisung jeder einzelnen Willensbestimmung in gewisse, der Zahl der mehrern Wollenden entsprechende Teiungsgrenzen zur Folge hat.

51) S. das Ausführlichere hierüber in dem Verfassers Besitzrechtsmittel u. J. v. Leipzig 1841. § 2. 3.
§ 19.

Mag man nun aber der Willenbestimmungsfreiheit oder der Formgebungslehre den Vorzug einräumen, so muß man doch zugesteht, daß beide ganz gleiche Anforderungen an die, dem Eigentum unterworfenen Gegenstände machen. Der Gegenstand, welchem das Eigentum soll erworben werden können, darf nicht schon dem, welcher das Eigentum erwerben will, zu eigen sein, nur an der Sache eines Andern oder gar Niemandes kann Eigentum erworben werden. Die fremde Sache muß aber auch veräußerlich sein. Ein Gegenstand, welcher niemals, selbst nicht mit dem Willen dessen, mit dessen Person sie verknüpft ist, von diesem losgetrennt werden kann, ist wie überhaupt nicht in den Rechtswerte, so insbesondere nicht ein, in das Anden Eigentum übertragbar. Es kann daher z. B. unter keinen Verhältnissen die Vaterschaft eines Kindes auf einen Anden übertragen werden, wenn schon die einzelnen Ausfälle der Paternität z. B. die väterliche Gewalt von dem natürlichen Vater auf einen Anden übergehen können.

Das Eigentum kann ferner bloß an körperlichen Sachen erworben werden. Unkörperliche Sachen können bloß unter der Voraussetzung, daß das positive Gesch folgtes vorliegt, als Eigentumsgegenstände behandelt werden, wie dies z. B. mit den bereits oben gebadeten tontisch-rechtlichen Instituten, mit den Bannrechten u. s. w. der Fall ist 29). Unter einer körperlichen Sache aber in diesem Sinne ist nicht jede sinnlich wahrnehmbare, sondern bloß die mit den Händen ergreifbare, also dag die vortisch-rechtliche res corporalis, qua tangi potest 30), zu verstehen; denn nur diejenige Sache, welche der Mensch zu erfassen und das seiner Lektüre zuständig, und so zu vernichten vermag, nur diese kann in ihrer Totalität seiner Disposition unterworfen werden. Der Stern am Himmel, der zur Sichte ausflie-

29) So ist zu verstehen, was der Verfasser a. a. D. § 2., insbesondere am Ende sagt.
30) § 1. 3. de rebus corpor. (II. 2.)
vielmehr wird die Zusammenstellung der Gedanken und die Fixierung derselben, wie Beide von der Individualität des Autors geboten, also auch aus dem Inneren des Autors hervorgegangen sind, zu dem Begriffe des Werkes erforderlich. S. oben.

Prächt der Autor seine Gedankenferne der körperlichen Sache eines Andern auf, schreibt er z. B. sein Buch auf fremdes Papier, malt er sein Bild auf fremde Leinwand, meint er seine Statuе aus einem fremden Marmorblocke, so mag er den Andern für dessen Material entschädigen, er mag vielleicht auch für die Anmungung des fremden Gutes Strafe leiden, und er mag das Papier, die Leinwand und den Stein des Andern in sein Eigenthum erwerben, allein nimmer erweckt er damit ein Eigenthum an dem selbstgeschaffenen Werke.

Wirst man ein, daß doch die Form dem eigen sei und ihm gehören, welcher eine solche seiner eigenen Sache ausprägt, und daß bei jedem literarischen und artistischen Werke eine, von dem Autor geschaffene Form vorhanden sei, so gesehen wir bies zu, und wir erklären sogar, daß das literarische und artistische Werk die Form selbst sei. Damit ist jedoch für die Gegner nichts gewonnen. Sie verwechseln die Form mit der geformten Sache, die Formierung einer eigenen Sache mit einer fremden.

Nur an der geformten Sache, und auch an dieser nur, wenn sie eine fremde ist, kann durch die Formierung ein Eigenthum erworben werden. Wenn der Bildhauer aus dem ihm eigenthümlichen Marmorblock eine Statue meint, wenn der Psychologe aus dem ihm eigenthümlichen Holzstück ein Rococoornebbe schnitzt, wenn der Schriftsteller eine wissenschaftliche Abhandlung auf das ihm eigenthümliche Papier niederschreibt, so bricht er ihnen eigenthümlichen Sachen eine bleibende Form auf, und diese Form ist in der Tat das artistische oder literarische Werk, jenes Marmorblock, jenes Holzstück, jenes Papier dagegen ist die geformte Sache. Niemand aber wird sagen, daß in diesen Fällen der Formierende ein Eigenthum an dem Marmorblocke, dem Holzstück und dem Papier erwerbe, denn der Formierende hatte schon vor der Formierung diese Gegenstände im Eigenthume. Wäre jedoch in diesen Fällen der Erwerb eines Eigenthums noch denkbar, so könnten auch bloß der Marmorblock, das Holzstück und das Papier die Gegenstände dieses Erwerbes sein. Die Form selbst, das artistische und das literarische Werk also, kann der Gegenstand dieses Erwerbes nimmer sein.

Sie ist zwar dem Autor eigen, aber nur wie etwas dem Menschen eigen sein kann, das durch seine physische oder psychische Thätigkeit herbeigeführt ist, wie das Kind eigen ist den Eltern, von denen es gezeugt worden. Die Formierung eines Eigenthums des erscheint jederzeit als die Erzeugung einer solchen Thätigkeit, sie prägt daher mehr oder weniger die Individualität des Formierenden aus, und wie die Physiognomie der Eltern in denen der Kinder sich wiederfindet, so nennt der Kerner noch sicherer den Meister der Statue, den Fertiger des Schnitzwerks, den Verfasser der Schrift, die er aus ihrer Arbeit wiedergeben. Die durch das Menschenthätigkeit einer Sache gegebene Form kann der Gegenstand eines Eigenthumswerbes nicht sein, denn sie ist an sich gleich wenig ergreifend und veränderlich wie die Individualität des Menschen, welche von ihr in gewisser Hinsicht repräsentirt ist. Sie wird nimmer ihren Ursprung verleugnen können, und wird stets ein Ergebniss des Formierendes genannt werden, hätte auch dieselbe durch die formell feststehende Verträge erklärt, daß er die Originierung der Form auf einem Andern übergetragen wissen wolle. Der wahre Verfasser einer wissenschaftlichen Abhandlung, ist einmal dessen Autor schaff, gewiß, wird stets der Verfasser bleiben, sollte er auch selbst, einen Andern dafür anzuerkennen, das Publikum ersuchen und auf dem Titel des Buches den Anden als den Verfasser nennen lassen. Indes hat der die von dem Menschen einer Sache aufgebrachte Form bleibend an dieser, und ist gebannt zu ihr, wie der in den Menschen Körper eingesschlossene Geist. Es folgt die Materie die Form, wäre auch diese von tausendfach höheren Werthe als jene. Darum auch wird der, welcher die Sache ergreift, zugeleich mit ihr die, von den Menschen Geist und Kunst ihr aufge-
Verhältnis findet dann statt, wenn zu Folge eines besonderen Vertrags das Verlagsrecht von dem Autor auf einen Anden übertragen und diesem das Eigenthum des Manuskriptes, der Platte, des Steins vorbehalten worden ist.

So fehlt es auch der Formeigenthumstheorie an einem Gegenstande dieses Eigenthums. Zwar scheinen die jüngsten Vertheidiger dieser Theorie (55) die in dem literarischen und artistischen Werke niebergelegten Gedanken selbst als den, durch den Autor geformten Gegenstand anzusehen, und es fügt sich vielleicht hierauf die Anschauung, daß zu dem Begriffe des literarischen und artistischen Werks die Fixierung der kombinirten Gedanken nicht gehören, und d. B. eine poetische oder musikalische Improvisation mit gleichem Rechte, wie das stereotypirte Buch und das Dibelk, ein Werk genannt werden müssen; auch mag hieran sehr leicht die frühere Behauptung sich haben anschließen lassen, daß das Eigenthum nach philosophischem Rechte keineswegs auf die ergreifbarer Sachen sich beschränke (56). Indes läßt sich in dem ersten dieser Sätze nicht mehr und nicht weniger erkennt, als eine Rücksicht zu Kant's gedankensümmigem Gedankeneigenthum, (s. oben S. 16.) und die rechtswirrere Idee, daß man auch an der eigenen Sache — wenn nun einmal die Gedanken ein Gegenstand des Wiesa- scha in Marktforderung sein sollen — ein Eigenthum erwerben könne, es bedarf daher nicht noch einer besonderen Biederung der Anschauung, daß die Gedanken die, von dem Autor geformte Sache seien.

§ 21.

Die sämmtlichen Eigenthumsrechten, mit welchen der Nachdruck als rechtswirksam hat daraus erzielt werden sollen, sind indeß


nicht bloß eines tückigen Principis bar und ledig, wie wir in dem Vorhanden zu zeigen gesucht haben, sondern sie führen auch ohne Aufnahme zu solchen Consequenzen oder vielmehr Inconsequenzen, dass daraus eine vollendete Verwirrung in die Wissensschaft und in die Praxis gebracht wird. Wir stimmen daher den oben, § 2, citiren Ausprüchen Haffes und Neufßetels aus Ueberzeugung bei. Neufßetel paraphrasiert diese Verwirrung, wenn auch nur in einem beschränkten Umfange, mit folgendem Humor 57):

"Ein oder mehrere Gedanken werden ausgesprochen, damit Eigenthum und vererblich, Testatoren machen sie zum Gegensstände lebhafeltiger Bestimmungen, sonst gehen sie ab intestato über. Wahrscheinlich eine bis jetzt ungekannte schwere Aufgabe für die Erbschaftsrichter, wie Gedanken angeschlagen werden sollen! Neu Rechtscontroversen entscheiden, ob dieses Eigenthum, wie Real-

servituten zu den umseitbaren, oder wie Geld zu den selbs-

baren Sachen gehört, ob demnach von den Erben jeder in solidum oder nur pro rata flagen könnte. Der entfernteste Urenkel weht den Druck der angebrachten Schriften, und das Verlangen von Schrifstellern abgeschafft, wird der Genealogie einen neun Zimmerecken eröffnen. Man wird Gedanken vordringen, entwor-

ber einzeln, aber mit dem ganzen Buch, das nun als universi-

tas faeti in Betracht kommt; Besch an Gedanken findet statt, man bringt sie durch Verjahrung in sein Eigenthum. Dabei viel sich heusereadertig die Prozesse, nicht bloß in den Civils, auch in den Criminalgerichten. Denn die Gedanken sind jetzt, wie anderes bewegliches Eigenthum, dem Diebstatth unterwor-

fen; sie werden auf mancherlei Weise entwendet; zu der gefahr-

lichsten Gedankenbiene gehören dann die Nachbrücker, und welche reiche Ausbeute zu Criminalrechtsfällen! Der Buchhändler, wel-

cher den Nachdruck veranstaltet als Urheber, Geschré, welche dazu richten, als intellectuelle Autoren, der Buchdrucker mit sei-

nen Gesellen und vielleicht auch dem Schriftgießer als Gehilfen, endlich die Käufers des Nachdrucks als Diebshälder; — eine ganze Bande von Misseschärtern."

Wir wollen diese Worte nicht gerade zu den unsrigen ma-
chen; wir werden auch nicht die sämtlichen Inconsequenzen nach
Anleitung des Civils- und Criminalrechtsystems durchnehmen, es warb bloß eben so ermußend, als unerheblich sein, zumal es
zugleich in Nr. 10. 11. 12. der Pressezeitung vom 1841 geschehen
ist; es genügt die vorsichtigsten dieser Inconsequenzen vorauszuführen.

Das Eigenthum ist, so lange nicht das positive Recht ein An-

deres sichert, ein nach Ort und Zeit unbeschränktes Recht, es hat
die Geltung der Universalität und der Perpetuität. Daher kann jedes Eigenthum bis auf die spätesten Enkel vererbt werden. Nur wenige Bertheidiger des Eigenthums an literarischen und art-

stischen Werken, z. B. Kramer, p. 144. S laid in dem Commentary zu § 1020. des preußischen Landrechts, wollen das ganze Erbredit auch auf dieses Eigenthum angewendet wissen, len

ber § 135. unter b. macht die Berechtigung dieses fogen.

literarisch-artistischen Eigenthums von der Zufälligkeit abhängig,

was der Autor in dem Berlinsvertrag die Rückgabe des Manu-

scripts an ihn ausdrücklich sich behalten hat, er wird also auch

in dem Falle die Berechtigung annehmen, wo der Autor selbst
sein Werk verlegt hat. Die sämtlichen übrigen Bertheidiger

des literarisch-artistischen Eigenthums beschrankten dessen Geltung

auf die Lebenstage des Autors und scheuen sich nicht, eine Höchst-

personlichkeit des Eigenthums angusehmen. G. z. B. Krug,
p. 26. f. Schmidt, p. 82. 96 ff. Schellwig in den citiren

Schriften. Es haben dieselben hierzu keinen andern Grund,

als die Jurist vor der unendlichen Wirrung, welche entfieh

wurden, wenn lange Jahre nach dem Tode des Autors die vielleicht

ungläubigen Erben desselben einen Streit erheben sollten über ihr

Erbrecht an des Autors Werken, z. B. über die Schriften Autors
oder wohl gar eines römischen Glaßers. Schellwig mag je-

doch diese Inconscient gestuft haben, und er entschließt sich da-

her zu der Berannung allen Erbrechts an allen Dingen, indem er das Erbrecht für die müßigste Erfindung der Rechtsgeschichten erklärt und alles Eigenthum mit dem Lebe des Eigenthümers bedingt wissen will. Er wird aber wieder an sich selbst irre, indem er in dem, seiner Artikel u. s. w. beigefügten Entwurf eines Nachbruchgesetzes eine, wenn auch auf wenige Jahre beschränkte Berührung der literarisch-artistischen Eigenthums zugestehen.


Dem Eigenthümer steht ferner, so lange ihm-wirklich das Eigenthum an der Sache zusteht, als einer der wesentlichsten Aus-

füße dieses Universalrechts das Befugniss zu, die Sache zu verändern und sogar zu vernichten. Der sogenannte Eigenthümer an dem literarischen oder artistischen Werke ist aber dieses Befugniss ganz entröth, denn er ist nicht im Stande, das veröffentlichte Werk und dessen vielseitige, das Publikum durchlaufende Exemplare zu dem Zwecke der Veränderung oder Vernichtung des Werks und der Exemplare zurückzuordnen und den, welcher die Rückgabe weigert, hierzu gerichthich anhalten zu lassen.

Auch ist ein solidarischer Besitz, ein solideres Eigenthum der natürlichen Rechte bekannt, weil ohne Hinzunahme einer Sion die gleichzeitige Erlassung der Ganheit einer Sache durch Mehrere nicht gedacht werden kann; die teutscherrechtliche Gewohnheit aber, also das positive Recht, hat einen solchen Besitz, ein solches Eigenthum geschaffen. Dagegen ist es denkbar, wenn auch wohl kaum einmal vorhanden gewesen, daß zwei einander völlig unbekannte Personen gleichzeitig blassen literarische oder artistische Werke liefen, wie z. B. Wagner in Frankfurt a. M. und Bieber in Leipzig jeder blassen Surrogat der Dampfmaschine erfunden haben wollen, und es werden in solchen Falle die Berthebigkeit des literarisch-artistischen Eigenthums die Antwort auf die Frage schuldig bleiben, welchen der beiden Autoren das Eigenthum an dem Werke zukomme, welcher also von Beiden den An- dern von diesem Eigenthume aufschieße?

§ 22.

Im Eingange von § 15 haben wir gesagt, daß die Befähmper des Nachbruchs auf ein Vertrage- oder ein Eigenthumrecht des Autors sich berufen. Damit steht nicht im Widerspruche, daß in No. 43. und 44. der Algemeinen Pressezeitung v. J. 1842 ein anonymer Auffall „die schriftstellerischen Rechte aus dem Primat der Personlichheit“ (sich oben § 3. citirt) herzuleiten versucht. Denn wenn auch der Verfasser sehr wahre Sutzenen auspricht über die Unföhrlichkeit des Ursprungs des literarischen und artisti-
schen Werks von der Person dessen Schöpfers, und wenn wir auch in folgenden Worten:

"Das Geistewerk ist eine Manifestation des Ich, ein Werke, dessen Wirklichkeit bei ihm als zu bemerken und hieraus zu erklären, dass die späteren und unmittelbaren Garantien des Handelsrechtes zu stellen. Es kann seinem individuellen Inhalte nach eben so wenig verässt, eben so wenig von Dritten erworben werden, als die gesamte Personlichkeit selbst."

nur blosse Wiederfindung, was wir in unsein Ansehenswert der Unveräußerlichkeit der Autorchaft gesagt haben, so folgt doch eben aus dieser Veräußerlichkeit, dass die Autorschaft niemals ein Gegenstand des Handelsrechtes sein und mithin auch niemals durch den Nachdruck beantragt werden kann. Der anonyme Verfasser verwechselt die Wertschaft des Autors an seinem Werke, welche durch seinen Nachdrucker, wenn er eben weiter nichts ist, als ein Nachdrucker, angegriffen, mit den Vermögensrechten des Autors für sein veröffentlichtes Werk, und er hat nicht nachgewiesen, dass aus der Unveräußerlichkeit der Personlichkeit dem Autor andere Vermögensrechte erzeugt werden, als dem Handwerker, der von ihm gepachtete Schuhwerk höchstens verkauft kann.

§ 23.

Ergiebt sich nun aus dem bisher Gesagten, dass den Autoren, nachdem sein literarisches oder artistisches Werk mit seiner Bewilligung veröffentlicht worden ist, ein anderes Vermögensrecht in Bezug auf sein Werk nicht zusteht, als welches ihm in speziellen, mit Eingehend, namentlich mit dem Verleger, abgeschlossenen Verträgen eingeräumt worden ist, und welches er nur gegen diesen seinen anderen Kontrahenten ausüben kann, so muss auch einem Leben, der sich dem Autor über dem, dessen Stelle zum Theile innehnenden Verleger nicht zu einem Andern vertragmässig verpflichtet hat, die Vervielfältigung des veröffentlichten literarischen oder artistischen Werks gestattet sein, ohne die Zustimmung des Autors und des Verlegers einzulassen oder den, von ihm ausdrücklich gelieferten Bericht auf Rechte, die derselbe gar nicht mehr hat, nachweisen zu müssen.

Soll der Autor noch mehrere Rechte in Bezug auf sein, dem Publikum übergebene Werk haben, als die ihm durch spezielle Verträge zugestanden, so kann dies bloes durch positive Bestimmungen geschehen.

Dem Gesetzgeber ist es anheim gestellt, ob er aus Gründen der Politik oder der Wirtschaftlichkeit die autorenberechtigten Rechte den Autoren umfassenderen Rechte einräumen und ob er insbesondere diese Rechte gleich einem anderen wahren Eigentum behandelt, also dem Autor ein quasi dominium zugeschrieben wissen wolde. Nur muss er in lebendigen Falle darüber wachen, dass alle die Mieren, welche aus der Erzielung eines solchen abnormen Eigentum's notwendig der Wissenschaft und der Praxis erwachsen (s. § 21.), nicht auch die Wissenschaft und der Praxis zur Lösung überlassen, vielmehr ebenfalls durch gewisse positive Bestimmungen befestigt werden, dem über die, in § 21. angezeigten, sicher nicht geringhaltigen Mis-

59) Wie Dr. Schellwig einen solchen Nachweis fordert. S. oben § 2.

60) Vgl. § 577 a. in der Großherzogthum Baden ist, wo bekanntlich nach Art. 577 a. unter a. b. des Civilgesetzbuchs u. 1807. den Geistestheilernen ein Eigentum an dem Inhalte ihrer Werke zusteht, und wo sich, nach der und der von Mittermaier gemachten Mittheilung, eine Unzahl von Inconsequenzen dieses literarischen Eigentum's in dem Rechtsbilde gezeigt hat.
Entwurf ist geformt aus den verschmolzenen Bestimmungen des
gedachten Bundesbeschlusses, der als leitend an die Spige gestellt
ist, des preußischen Gesuges vom 11. Juni 1837 und des b Atatürk
schen Gesuges vom 15. April 1840, so wie aus eigenständlichen
Ergänzungsgesetzen.

Ueber die Geschichte der sächsischen Nachbrückegesellgebung läßt
sich bem, in dem Entwurf Gefahr nur wenig beifügen. Es
steht der Entwurf der Inhalt der drei Hauptgesenge mit, nämlich
des Mandats vom 27. Febr. 1886, des bei weitem umfänglicheren
Mandats v. 18. Dec. 1773, welches zum Wele durch die ver-
derschiedenen praktischen Auslegungen des erstern Mandats herbeigeführt
wurde, und der Verordnung vom 4. Januar 1838, mit
welcher in Sachsen der Bundesbeschuß vom 9. Nov. 1837 pub-
liciert wurde; eben so erwähnt er die zur Erläuterung und Ergän-
zung des Mandats von 1773 erlassenen Beschrifte und Mandate,
inbesondere die vom 17. Mai und 10. Aug. 1831, durch welche
die Anwendbarkeit der, seinen Worten nach bloß auf literarische
Ergänzungen sich beziehenden Mandats von 1773 auch auf die art-
schaflichen Werke ausgedehnt wurde. Daß der Entwurf keine
Erwähnung der, vor dem Mandate von 1686 erlassenen Gesenge
thut, können wir nur hängen, da diese Gesenge, so viele ihrer sein,
nur von Verlagshistorien sprechen und offenbar von den Ge-
sichtspunkte ausgehen, das das Recht, ein Buch zu veröffentlichen,
nur durch das dazu erlangte Privilegium geschützt werden konnte,
während mit dem Mandate von 1686 die, auch nachmals stets
festgehaltene Anstalt Platz gewann, das Verlagrecht zu schü-
hen sei, sobald es auf redliche Weise von dem Autor erlangt
werden ist.

Der Entwurf gibt dabei die authentische Interpretation der
Mandate von 1686 und 1773 in der bekannten Stelle:

61) Dr. Schelwig: bekennt in der Weltgegensehe. p. 257 ganz
nur, daß das literarisch-artifische Eigenthum nicht alle Verzügerungen haben
köme, wie das wertige Eigenthum, und er sagt dem bei, es finde hier das be-
kannte: "minima non curat praetor" volle Anwendung. Es ist dies ohne
Zweifel bis ein Wiss.

entm im Gefolge des sogenannten literarisch-artifischen Eigenthums
läßt sich wohl schmerzlich mit dem Wisse hinwegkommen 61).


Er verkennt nicht die Inconsequenzen, welche aus der Annahme eines solchen abnormen Eigentums in dem Rechtsleben erwachsen, er behält jedoch die oblige Beseitigung derselben für spätere Bestimmungen vor. S. außer dem schon Gesagten noch die Erläuterungen und Motiven zu §. 5. Es wäre die (sogar die Beseitigung dieser Inconsequenzen?) zu wünschen, und nicht erst den Hervorheben in der Praxis zum Nachtheile des Verfassers und des Vermögens abzuwenden.

Die 30jährige Frist des Schutzes gegen den Nachdruck, welche in §. 3 gewährt wird und nach Bedürfnis verlängert werden kann, ist in jeder Beziehung den Autoren und Verlegern vortheilhafter, als die in dem Bundesbeschlusses vorgeschriebene, übrigens bloß 10jährige Frist, und als die in Preußen und Bayern vorgeschriebene 30jährige Frist, wie die Erläuterungen und Motiven zu §. 3. nachweisen. Besonders hervorzuheben ist, daß auch in dem Falle, wenn der Autor, bezw. der Titel nachgewiesen worden ist, und der die Veröffentlichung seines Werkes erlebt hat, nachmais verschollen ist, die Frist mit dem nächsten Calendernach in welchem der Autor erwiesennuma noch gelebt hat, und nicht etwa schon mit dem Zeitpunkte an, wo der Autor rechtstreitig für todt erklärt worden ist, berechnet werden soll.

Damit kann die Anwendbarkeit der Befehlsfret über die Vorderklerung Verschollener nicht ganz ausgeschlossen sein, obwohl es nach der Kostung der Erläuterungen und Motiven zu §. 3. a. der Fall zu sein scheint. Wievielso kann nur haben gesagt werden wollen, daß die Befehlsfret über die Vorderklerung Verschollener nur dann, wenn wirklich die Autoren als Verschollene, von deren Leben und Aufenthalt in blosten Zeiträurn


mals das leitende Prinzip der Wissenschaft (f. oben §. 5.) er-kannt werden, denn es läßt sich kein Grund auffinden, aus wel-chem, wird einmal Schuß wider den Nachbruch von den aus-drücklichen positiven Gesetze zugesandten, das anonyme literarische und artistische Werk einen minderen Schuß verdienen sollte, als jedes andere.

§. 25.

ner, um das Vorbild zu erlangen, ein gemeinses Verbrechen, z. B., einen Diebstahl begangen hat. Es wird daher das Nachschreiben eines Vortrages, das Kopieren eines Bildes, das Nachstellen eines Druckzettels auf Metall, und das Nachzeichnen auf Stein u. s. w., wenn es bloß einmal geschieht, nimmer Nachdruck sein können, und mit Recht, wie wir ebenfalls oben gezeigt haben.


Wenn ferner der Entwurf auch die mechanische Verbreitungs- und, von dem Autor noch nicht veröffentlichten Werks, welche ohne das Autor's Einwilligung unterlassen worden ist, als Nachdruck beherrschte wissen will, so zieht er offenbar eine Handlung hierher, welche nicht als Nachdruck, sondern entweder selbst als ein gemeines Vergehen, z. B. Vertratung, aber wenigstens als die Folge eines solchen, z. B. eines Diebstahls erscheint, und mithin auch nur nach dem gemeinen Strafrechtsbuch beherrschaft werden muss. S. oben § 8.


Wenn sodann in § 1. auch die Verbreitungs- und, nachgeschriebene Vorträge, und zwar nicht bloß religiöser und doctrinärer, wovon das preußische Gesetz sich beschränkt, für Nachdruck erklärt wird, so ist dies eine rein positive Bestimmung, welche übrigens in der Rubrik des Gesetzes, wo bloß die Rechte an literarischen Erzeugnissen und an Werken der Kunst erwähnt sind, mit angebracht sein möchte. S. oben § 7., 17. und 5. a. e.

Endlich will der Entwurf blos diejenige mechanische Verbreitungs- und, für Nachdruck gehalten wissen, durch welche die Vermögensrechte geschmäht werden. Dem simmen sie bei, sofern die Vermögensrechte an den Werken des Autors, an seinem Werke die Autorschaft selbst entgegengesetzt wird, welche gar nicht in dem Marktvorher kommen, also auch nicht von dem Nachdruck beherrschung sein kann. Wenn aber der Entwurf unter den Vermögensrechten des Autors an seinem Werke nicht, wie wir nach dem eben Bemerkten thun, im Allgemeinen des Autors Verbreitungsrecht, sondern nur, wie die Erklärungen zeigen, dessen Benutzungsrecht verpflichtet, so ist dies eine unfreiwillige Inconsequenz. Denn ist einmal die Einwilligung des Autors zur Verbreitungs- und, seines Werks erforderlich, so kann die Nutzwürdigkeit oder Entbehrlichkeit dieser Einwilligung davon nicht abhängig sein, ob dem Author durch die Verbreitungs- und Gewinn entzogen werde oder nicht. Kante es hierauf an, so mußte von dem Autor, welcher eine ohne seine
Einwilligung unternommene Verfehlung seines Werks als Nachdruck angreifen will, vor allem der, nicht jederzeit leichte Beweis geliefert werden, daß er durch diese Verfehlung einen Vermögensverlust erleide. Zu wünschen wäre die ausdrückliche Erklärung des Gesetgebers, ob er die journalistische Piraterie (s. oben § 4. Note 19.) auch unter den Begriff des Nachdrucks falle oder nicht.

§ 26.

In § 4. des Entwurfs und den Erläuterungen und Motiven dazu ist gesagt, die Zahl der Exemplare, in welchen die Verfehlung eines literarischen oder künstlerischen Werks dem Verleger gesattet sein soll, hänge von der Festsetzung in dem Verlagsvertrage ab; dafür jedoch eine solche Festsetzung nicht vorhanden sei, so sei der Verleger berechtigt, ganz nach seiner Willkür und zwar ohne Unterschied ob er es gleichzeitig oder successiv thun wollte, das Werk in so vielen Exemplaren zu verfehltigen, wie er für gut finde.

Diese Bestimmung kann bis auf den Fall angewendet werden, wo jemandem ohne Beschränkung auf eine gewisse Zahl von Auflagen das Verfehlungsrecht überlassen worden ist, und sie welches hauptsächlich von der bisherigen Verfehlungspraxis stammt, nach welcher, wenn über die Zahl der Auflagen gar nichts in dem Verlagsvertrage gesagt ist, nur eine Auflage dem Verleger zufällt. Auf den Fall hingegen, wo zwar die Anzahl der Exemplare bestimmt, also namentlich, wo dem Verleger ausdrücklich bloß eine Auflage, jedoch ohne Angabe der Exemplarenzahl, überlassen worden ist, kann die § 4. nicht angewendet werden, weil außerdem der buchhändlerische und kunsthandwerkliche Begriff von "Auflage" angetastet würde, zu dessen Wesenheit die gleichzeitige Verfehlung gehört. In einem solchen Falle würde daher zwar die Bestimmung der Exemplarenanzahl ebenfalls in die Willkür des Verlegers gegeben sein, jedoch nur infoweit, als die Verfehlung gleichzeitig erfolgt; eine successive
Der den verfassungsmäßigen Ständen des Königreiches Sachsen von der Regierung vorgelegte Entwurf eines Nachdruckgesetzes.

(Reicht Erklärungen und Motiven.)


Friedrich August,

Ewald Gottlob Rossl und Zänckendorf.

... for Gegenstände zu leistenden Erfass bei auf die Herstellung erwieslicher verwen ter kosten zu überlassen. § 9. Hierüber ist jede Direktrichte
gung der § 6. gebrachten Art mit einer nach Richtetshem Ermessens zu bestimmenden Geldbeträge von 50—1000 Tagen zu beitragen. § 10. Die Verordnung ist nur auf den Antrag des Direktrichters einzu
heiten, aber dann, bei hinlänglichem Bedraste, selbst nach Anfehung des Antrages, Anspr. wegen fortzusetzen. § 11. Der durch divies Gesetz geordnete Rechtsstaug wird Ausständen nur infoweit ge
währt, als sie nachzuweisen vermögen, daß in dem Staate, dessen Ange
hörige sie selbst sind, hiefsigen Staatsangehörigen ein wesentlicher Rechtsstaug gewährt werden würde. Von Seiten der Angehörigen anderer
der deutscher Bundesstaaten bebarf es einer solchen Nachweisung zwar nicht; es ist jedoch der ihnen zu ertheilende Rechtsstaug denflichen Verschattungen der Dauer unterworfen, welcher er nach der Gesetzgebung ihres Landes entsteht. § 12. Ein Ausländer wird rücksichtlich der Gewährung des Rechtssturses eines fälschlichen Staatsangehörigen dann gleich behandelt, a) wenn er das zu schuldende Recht, erwiesenes Maß, unmittelbar oder mittelbar, von einem hiefsigen Staatsangehö
rigen erworben hat; b) wenn einer hierändischen Ausschreibungen im
tigen legitimiter zu erachten, besehen Rechte durch einen der kompen
treten Verwaltungsbehörden ausgesetzten Berlagsschein anerkannt ist. Ausständen werden Berlagsscheine nur unter den § 11. und 12. ausge
brachten Voraussetzungen und Beschränkungen und in dem § 12b. vor
angestrebten Sache mit Beschränkung auf hierfür gewährte Berufsvollstät
zung (Auffrage) ausgestellt, bei deren Vertrieb eine inländische Buch- oder Kunststaugung beständig ist. Weder die Ausstellung dieser Scheine werden die nächstehenden Bestimmungen im Verordnungsweg er
stellt werden. § 14. So oft der Rechtsstaug gegen den Vertrieb der Gemehre einer wissenschaftlichen Berufsvollstätigung gesucht wird, kommt, insoweit denflichen entweder ein hiefsiger Staatsangehöriger in Anspruch nimmt, oder aber eine der § 11. und 12. ausgesetzten Voraussetzun
gen entsteht, darauf nicht an, in welchem Lande die wissenschaftliche Berufsvollstätigung erfolgt ist. § 15. Rechtsverfolgungen aus diesem Gesetzes sind überhaupt nur infoweit statthaft, als anschaulich ist, daß durch die unbefugte Berufsvollstätigung Rechtsbehelfe des Direktrichters gekannt und ein schon nachstehender oder möglicherweise in dieser beschränkt werde. § 16. Das strafrechtliche Verfahren von den Grund des gegenwärtigen Gesetzes gehört selbst in dem Fall, wenn die Civis
und Criminalgerichtsbarkeit an einem Orte verschiedener Behörden zufällt, vor das rücksichtlich der Gerichtshchung der privatrechtlichen An
sprüche kompetente Zivilgericht, und ist dem wegen der legten stattfindenden Anlieferung unterworfen. § 17. Ist die Frage, ob und in
wieweit die § 15. ausgesetzte Voraussetzung entwirkt, ob die Berufsvollstätigung vermöge ihres Verhältnisses zu dem Original überhaupt als eine wissenschaftliche anzuweisen ist, oder die Schäden des zugunsten des anfertigen Rechts und des dafür zu leistenden Erfasses (§ 6. und 7.) wissenschaftlich, so hat das erläuternde Gericht, sowie, wenn von jener Frage die Zulässigkeit einer beantragten wissenschaftlichen Schriftgenaus und an
derer Beförderung der Verwaltungsbehörde abhängig ist, die legte, ein frühere und mit Gründen zu erhebenden Gutachten von Sachver
ständigen zu erfordern. Weder die Waage und Bestellung solcher Sachver
ständiger wird eine Ausführungserklärung die nötigen Bestimmungen erheben. § 18. Dieses Gesetz ist auch auf die vor ihnen Publikation veröffentlichten Gesetze- und Kunstwerke anzuwenden, jedoch rücksichtlich berufenes, deren Verfasser nicht mehr leben oder nicht nachzuweisen sind, mit der vorstehenden Bestimmung, daß die § 3. geordnete Schutz
gestellte frühere Beförderungen werden hiermit aufgehoben.
vielfältigt werden dürfen, und nach Art. 2., das dieses Recht, oder wie es der Bundesbeschuß genauso nennt, das Eigenthum des literarischen oder künstlichen Werkes, auf die Erben und Nachschwager des Verfassers und Denizen, dem es fein Recht übertragen hat, übertragen. Der deutsche Bund hat aber zur Zeit nur erst ein Minimum des dieselben Rechts in den deutschen Bundesstaaten zu gewährgeben Schuhs, in einer fünfjährigen Dauer bestellt bestimmt, jedoch zugleich eine künftige Vereinbarung über eine Berlänge dieser Dauer in Aus-
liegenden und zeichnenden Künste betreffend, vom 10. Aug. 1831
(ebenso, S. 185), und zwar in beiderlei Beziehung auf jede Art von
mechanischer Werkzeugstätigkeit erfohren. Allein selbst diese beiden Gege-
ben hatten auf den bisherigen Rechtsschutz noch nicht ganz auf den all-
gemeinen Ausdruck gebracht, welchen namentlich der Bundesbesitz am
9. Nov. 1837 darzutstellen. Gleichzeitig hatten zwar die diversen und
neuen Gesetze das Recht des Urhebers als die Zwecke jedes Rechts an
Erzeugnissen der Literatur und Kunst bezeichnet, aber dennoch in den
eigentlichen biegsamen Bestimmungen zu einseitig das Recht des Ver-
legers ins Auge gefasst, und zu wenig gesehen eine richtige Anschau der
Sache speziell durchgesetzt; was doch namentlich auch wenig geschehen
war, um das Rechtsverständnis zwischen dem Autor und seinem ersten
Verleger zu ordnen, sobald die Preise oft das Grundgeschehen zu sehr
aus dem Auge verloren, und, zum Teile unter dem Einfluss des preußi-
sehen Landesrechts, welche die 1. Nov. 11. §§ 996. f. diese ganze Rechts-
matiere etwas zu ausführlich von dem Standpunkte des Verlagsrechts
ausgehend und nur die Rechte des Verlegers während behandelte, zu ähn-
lichen Einseitigkeiten der Auffassung hingezogen wurde. Noch ist über
den Umfang des vorliegenden Gesetzeswerks zu geben, daß man, wie
eben zahlreichen, keineswegs durch das Morgengrauen, auch den
widersprüchlichen Gebrauch von Grundsätzen und Künstlergesetzen durch
öffentliche Auffassungen mit hervorgehen hat. Denn einerseits ist
diese Art der Bestimmung des Urhebers von der preußischen und
mit der Nachahmung des Deutschen, die diese Gesetzeswürde behan-
delt, nicht unangemessen verspätet und daher zum Teil wenigstens nach
anderen Grundlagen zu bewerten, andererseits ist dieser Gegenstand der
Sachverständigen durch einen Urteilenden, durch Verordnung vom 29. Jun. 1841
publizierten Bundesbesitz Morgengrauen genannt geordnet, da es nur
etwiger ergänzender particulär-politischer Bestimmungen bedurfte, die
sobald mit vorderhanden Gesetzeswerk zu wenig verändert erscheinen,
um sie in den Vordergrund zu stellen. *)

An die Stelle des Gesetzes war der eine obere Grundzüge zu stellen,
welchen der Bundesbesitz vom 9. Nov. 1837 für alle Bundesstaaten ver-
bindlich ausgesetzt hat. Der die mündlichen Verfügungen betreffende Anlaf
ist im Wesentlichen, jedoch mit einer nötigen und angemessenen Bedenken
herangezogen, der Bestimmung § 3. d. des preußischen Gesetzes vom
11. Juni 1837 nachgebildet worden. Es besteht nämlich keinen ausrei-
chenden Grund, die Gesetze in aufgeschriebene Besten und mündliche Lehrverträge zu beschaffen, da die Übersetzung jene Art
mündlicher Verfügungen durch andere, insbesondere andere, aus dem
Urheber aus seinen Gesetzeszuständen zu ziehenden Gewalt geschaffen
wird, welcher in einem besonderen Arbeitskreise geachtet wird, der mündliche Verfügungen zu Grund gelegt Auffassung
nachfolger hätte, auch schon hier durch Vertiefung auf den betreffen-
den näheren Paragraphen hervorgegeben werden, und ubrigens nicht etwa
ein allgemeiner über besondere Grund der Bedeutung zu ver-
treten Handlungen eintritt, als widersprüchliche Behandlung angst-
sehen ist. So viel den Rechtsschutz der Werke der Kunst anlangt, so
können es in mehrfacher Weise zweckmäßig, auch hierbei die einfache
allgemeine Bestimmung des Bundesbesitzes besprechend, als dem
preußischen Gesetz zu folgen, sofern es die Künste einheitlich behandelt
sowie der vorliegende Uebersetzung etwas verwirrende Nebeneinzelheiten
erreicht. Auch hier wird der § 1. enthaltene obere Grundzüge in Verbindung
mit den Bestimmungen §§ 16. und 17. hinreihen. Richter und Vertreter
hierbei so sehr vor zu beschneiden als zu weiter Deutung des Rechts-
gebäudes zu bewahren, das das Gesetz angeblicher lassen will. Der allge-
gebräuchliche Dauer noch zurückgeht. Jedoch ist die auch nicht zu verfassen
gewordene nähere Erläuterung auf weite andere Jahre in sehr vielen Fällen nicht
getragen worden, und dasselbe durch die Annahme von Verlagsrecht wäre daher
ohne vorzügende neue gesächliche Bestimmung gar nicht, durch eine
noch gehörige Erklärung nicht nur die ganze Grundlage noch versteht, weil diese
erweiterte, die durch die Bestimmung des preußischen Gesetzes § 3. nicht
enthaltenen Anweisungen der Gesetzeswerk durch Nachweis
deutung der Bestimmung § 3. b. abzunehmen, und zwar um so mehr, als durch die
frühere Ausführung die Idee eines geschaftert durchschnittlichen wirksam geblieben
sind, was es nur vorläufig und nach der Auffassung des Grundgesetzes nach
fachlichen Verständigungen mancher Verständigungen aus jener Zeit Grafen
konnte. Es verbreitet sich allgemein, die erschließende Geschäftsbegriffe die rechts-
gebäude Ausführung der Arbeiten nicht ausführlich, mit der die Beding-
ungen und Vorbedingungen bezogenste handelnde Handlung, die den
tum der derweise, Bescheinigungen aus dem von ihnen zu betretenden Rechtswege
entgegengezogen."


nach § 10, auch fernhin nur auf den Antrag des Beichtsantigen recht- 
lich verfolgt werden und jede rechtliche Verfolgung unterbleiben soli, wenn 
der ausländische Kläger nicht nachzuweisen vermochte, daß in seinem Bund 
sein fälschlicher Staatsangehöriger den eigenen Rechtsschutz finde, wie 
Die Vorschrift der Bestimmung dieses Paragraphen räthlich der 
Anordnung auf Anhöhe anderer deutscher Bundesstaaten ist übrigens 
irgendwohin eine notwendige Folge des mangelgegenen Bundesbesciffs. Zu § 12. 
Die Anwendung des § 11 ausgeschieden Prinzip der Retention war je- 
doch § 12. durch zwei, wovon nur scheinbar Ausnahmen zu besträn- 
kten. Webe Ausnahmen fallen desshalb mit der Regel selbst zusammen, 
wo in beiden es mittelbar oder unmittelbar zugleich ein fälschlicher 
Staatsangehöriger ist, dem der Rechtsschutz gewähret wird. Denn so 
viel den unter a. eingebogen Fall anlangt, so kann es nur zu Recht 
richterlich zur Zeit von überhauptm Strafrecht des Staates ange- 
nehmen, so also es zu b. dem fälschen Strafs- und Kriminalrecht nur möglich 
würden, wenn die Erzeugnisse des Auslandes, räthlich der sei eine 
Thesauri um den Verlag or Selbstrechte erlangt haben, inlän- 
dischen Erzeugnissen gleichgestellt werden. Zu § 13. Schon das meh- 
angelogene Mandat vom 18. Dez. 1773 und das bemälben billengende 
Regulativ führte den Eintrag in das Protokoll der Nachkommissionen, 
as ein Mittel zum Erweiten des Verlagerechts und Bevörderung des An- 
spruch auf Schutz gegen Nachbruch, ein. Die Verordnung vom 
13. Sept. 1836 gab §§ 32. und 39. fgs. diesem Institut seine weitere Aus- 
bildung. Durch das jetzt im Entwurf vorliegende Gesetz wird es eine 
Bem Geist und Zweck beifügen, zugleich aber den Interessen der 
häusigen Staatsangehörigen entscheidendere Erschaffung erhalten, indem 
es es hier, zum Nachthof des Inlandes, völlig uberschätzte Ein- 
bruch dann für Ausländer von gewissen Beraubungen abhängig 
maht, und, der Natur des Rechtsmitteligen gemäß, die rechtliche Richtig- 
heit von feinen Besitzungsverhältnissen nach einer sinnlichen Prüfung 
beigebenen Legitimationen ausgeweiteten Schiene einer solchen 
Weise festgestellt, das dadurch erweiterten Befesten Rechten nicht präjudi- 
ciert, bestimmt. Es sei aber ein prompter Rechtsschutz gefordert zu 
§ 14. Diese Bestimmung entspricht der bindenden und daher auch in 
dein beiden preußischen und bayerischen Gesetze aufgenommenen Vorschrift 
hat sowohl die Gesetzgebung über den Nachbruch, als der Preußische 
Sicherheitsregeln in der Frage gefunden, was eigentlich als widerrecht- 
siche Verkaufsfestigung und infolbeher als Nachbruch anzusehen ist. 
Macht nur das preußische Landrecht, § 1. Art. 11. § 1023, fgs., fon- 
bern auch das kursächsische Reisehäft vom 25. Mai 1814 entschied über 
die Grenzen des Erlaubten und Unerlaubten hierin manche coästitutive 
Bestimmungen, welche bestimmt wurden, da der Preß sich als geeignet 
zur Entleibung aller Zweck in vorherrschenden Fällen nicht bewährt ha- 
ben. Selbst der Gerichtsviser hierüber ist ziemlich schwankend ge- 
sehen. Es scheint auch in der That, bei der großen Mannigfaltigkeit 
der gegebenen Fälle mit ihren Foam im voraus zu übersehen und 
durch ein Gesetz zu treffen insgesamt in der, eine unlösbare Auf-

gabe, durch ins Eingang gehen die Bestimmungen diese Grenzen § 2. 
richtlich der Verordnungen, der Anhöhe, der mehr oder minder 
weitgehenen Behandlung schon vorhandenen Werke und parallel Nach-

drucke und allgemeine Bestimmung. Nachbruch und räthlicher sich 
icht Niederlegung und Aufstellung einer anderen lebenden Grundstücke 
als diesen unentbehrlichen Ersteinen in jedem einzelnen Fall zu sein. 
Ein solcher oberster Grundstück scheint aber von selbst dann zu erge-
ben, wenn, wie schon zu § 2. des Entwurfs bemerkt wurde, der 

gesichtspunkt festgehalten wird, daß die vorliegende Aufgabe der Gesetzge-
bung es lebiglich mit Rechtsschutz von Vermögensrechten, mit der 
Schädigung des Gewinns zu thun hat, welche jemand aus seiner 
unmittelbaren oder abgeleiteten Rechten an einem Güterverzicht 
gemacht haben kann. Es gewährte unter allen Umständen darauf ankom-
men, ob inweisen von einem literarischen oder artistischen Werke 
nehmern sich innehält, daß es ganz oder zum Teil eine solche 
Verkaufsfestigung eines andern schon vorhandenen Güterverzichtes 
gemacht, durch welche das Werke beistehen und den in dessen Rechte Eingetret 
en ihrer bestehenden Gewinne geschützt wurde. Mit 
Hälfte dieses Grundstückes werden in allen gegebenen Fällen Sohnver-
ständige über die zweifelhafte Frage, in der richtigen Entscheidung 
zur Gewinn die Grundstrachen abgeben können. Zu § 16. Das 

Folgend die Aufschreibung und Bevörderung der durch dieses Gesetz 
zuständigen Verordnungen, als die Erscheinungen über das Geschäft 
mit gewählten Entschädigungen vor die Gerichte gehören, kann der 
Vorsitz der Gesellschaft nach und nach den Bestimmungen § 13. des Comptes-
Vorsitz zuordnen. Auch läßt sich der Nüsse, welche schließlich ein 
privilegierter Gutsgemeindebund dieser Angelegenheit hatte, wie er in 
Leipzig bei der ehemaligen Bäckercommission stattfand, dadurch errei-
chen, das an Peters, wo Angelegenheiten der Art öfters vorkommen, 
und namentlich in Leipzig, wie man beabsichtigt, eine ständige Einrich-
tung während Erstellung eines Comités von Sachverständigen aller hierbei 
 einschlägigen Geschäfte der Sachverständige, mithin nicht nur aus Buch-
, Musikalien- und Kunsthändlern, sondern auch aus Literaten, Schrift-
stellern, Componisten und anderen Künstler zusammengesetzt, getrefen 
dar. Da unlängst, wenigstens in vielen Fällen, die Herrnchaft 
der Verwaltungsbehörden vorgewiesen, für Gewährung eines möglichst 
prompten Rechtsschutzes in diesen Angelegenheiten von besonderen 
Nutzen, jedoch auf die gesetzlichen Befugnisse der selbstlichen Herrschaften 
übergehen zu bezeichnen ist, so ist schon in den Verordnungen 
13. Okt. 1836, § 54. und vom 20. Dec. 1838, § IX., hier- 
auf aufmerksam gemacht und zur Ausführung der bei einschlägigen 
gesetzlichen Bestimmungen das erste angeordnet worden. Dagegen 
hat es angemessen geschienen, die in § 16. enthaltene Ausnahmebestim-
In demselben Verlage erschien:

Die
Sächs. Ständeversammlung über die Frage
der
Öffentlichkeit u. Mündlichkeit,
in
systematisch geordneter Zusammenstellung
und mit
einem alphabetischen Sachregister versehen.

Preis 20 Reugr.

Verlags-Comptoir in Grimma.